

H. W. L.  
NOV 9 1927

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 20 • 8. Jahrgang

Berlin, 15. Oktober 1927

## Das Saarstatut außer Kraft?

Vor etwa 14 Tagen ging eine Nachricht durch die Presse, wonach zwischen der Reichs- und der Saarregierung Verhandlungen stattfänden, die den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland zum Ziele hätten. Diese Nachrichten konnten leicht als unrichtig nachgewiesen werden, allein schon durch den Hinweis, daß die Frage des Rückkaufs der Saargruben nicht eine Angelegenheit ist, die zwischen Reichs- und Saarregierung zu erörtern wäre, die vielmehr nur Gegenstand von Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich sein könnten. Das Saarstatut sagt hierzu in seinem § 38, „daß Frankreich und Deutschland durch besondere Vereinbarungen vor dem für die Bezahlung des Rückkaufspreises der Gruben festgesetzten Zeitpunkt die Bestimmungen des §§ 36 und 37 abändern können“. Vertragsrechtlich wäre also die Möglichkeit solcher Vereinbarungen durchaus gegeben, und es ist kein Geheimnis, daß derartige Verhandlungen auch in Locarno und anschließend daran stattgefunden haben. Der neue Kurs in Frankreich, wie er durch die Wiederkehr Poincarés einsetzte, hat die praktische Auswertung und Auswirkung dieser Verhandlungen verhindert. Heute sind wir von der Frage eines Rückkaufs der Saargruben durch Deutschland und damit von einer Rückgliederung des Saargebiets weiter entfernt denn je. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten nachgewiesen, daß Frankreich seine Saarpolitik umgestellt hat; die Hoffnung, politische Erfolge im Saargebiet zu erzielen, hat man aufgegeben, deshalb sucht man das Saargebiet wirtschaftlich soweit wie möglich auszubeuten.

Heute hat die französische Grubenverwaltung gerade in diesen Tagen wieder ein neues Beispiel gegeben. Schon vor längerer Zeit ist von den Gewerkschaften und anderen Wirtschaftskreisen des Saargebiets angeregt worden, die schwierige Absatzlage für Saarkohle mit ihrer die Arbeiterschaft schwer schädigenden Fördereinschränkung dadurch zu mildern, daß zur Erschließung neuer Absatzgebiete in Süddeutschland auf den deutschen Reichsbahnen ein sogenannter Durchgangstarif für Kohlentransporte eingeführt werde, der eine nicht unwesentliche Frachverbilligung bedeutet. Die Reichsbahnverwaltung hat sich zur Einführung dieser Durchgangstarife für Kohlentransporte aus dem Saargebiet bereit erklärt. Die damit erstrebte Absicht eines stärkeren Kohlenabfahrs auf dem deutschen Markt hat die französische Bergwerksdirektion jedoch dadurch so gut wie illusorisch gemacht, daß sie durch eine Neuordnung der Verkaufstarife die Kohlenpreise für Süddeutschland indirekt erhöhte, um dadurch einen erheblichen Teil der Auswirkung der Frachverbilligung auf den deutschen Reichsbahnen in die Kassen des französischen Grubenfiskus zu leiten. Das ist schamlose Ausbeutungspolitik auf Kosten der deutschen Saarbergarbeiterschaft und damit des Saargebiets überhaupt.

Wie verträgt sich das nun mit den vertraglichen Bestimmungen, die ja auch für Frankreich und damit für die

französische Grubenverwaltung bindend sein sollten? § 15 des Saarstatuts sagt zwar, daß der französische Staat volle Freiheit hat, „die Festsetzung der Verkaufspreise nach seinem Ermessen vorzunehmen“. Diese Freiheit schränkt aber Artikel 46 des Versailler Vertrages und die Einleitung der Anlage zu Artikel 45 bis 50 dadurch ein, daß Frankreich durch seine Unterschrift sich verpflichtet hat, die Maßnahmen zu respektieren, die den Schutz der Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung durch die Regierung des Gebietes sicher stellen sollen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben über die Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung in ihrer Note vom 16. Juni 1919 an die deutsche Friedensdelegation eine Auslegung dieser Bestimmungen gegeben, an der nicht ge- deutelt werden kann, da sie den Willen der Verfasser der Bestimmungen klar umschreiben. Danach haben diese „die größte Sorgfalt darauf verlegt, den Bewohnern des Gebietes selbst jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden, und ihre Rechtslage wird verbessert werden“. In einer vorangegangenen Note vom 16. Juni 1919 haben die alliierten und assoziierten Mächte erklärt, daß das vorgeschlagene Regime den Vorteil habe, „daß die wirtschaftliche Einheit des Gebietes aufrecht erhalten wird“. In dem angeführten § 15 ist zudem die Verpflichtung der französischen Regierung festgelegt, „ohne Rücksicht auf die Höhe der Grubensförderung den Bedarf des örtlichen, gewerblichen und häuslichen Verbrauches stets nach dem Verhältnis zu befriedigen, das im Betriebsjahr 1919 zwischen dem örtlichen Verbrauch und der Gesamtförderung des Saarbeckens bestand“.

Alle diese Bestimmungen und Verpflichtungen zusammengekommen und unter dem Gesichtswinkel des ausdrücklichen Auftrags des Völkerbundes an die Regierungskommission betrachtet, „keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckens“ zu haben, ergeben als unerschütterliche Rechtsgrundlage die folgende:

1. Das Saargebiet ist eine wirtschaftliche Einheit, d. h. alle Teile der Wirtschaft, also auch die Arbeiter- und Angestelltenschaft der französischen Saargruben, sind in ihren wirtschaftlichen Interessen

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 10, Jahrgang 3,  
der „Saarheimatbilder“ bei.



und Beziehungen so miteinander verflochten, daß nicht ein Wirtschaftsteil herausgenommen werden kann und eine Sonderbehandlung erfährt, die sich zum Schaden der anderen Wirtschaftsglieder auswirken müßte.

2. Die Preisgestaltung der Saarkohle muß sich in den Grenzen halten, die den Beschäftigungsgrad für die Saarbergarbeiterschaft nicht einschränkt, sondern ihre Rechte wahrt, wie sie § 12 Absatz 2 festgelegt hat, und wie sie dem Gesichtspunkt entsprechen, der der Forderung auf Sicherstellung der Rechte der Bevölkerung gerecht wird.
3. Es ist die vornehmste Aufgabe der Saarregierung, „den Bewohnern des Gebietes — also auch der Saarbergarbeiterschaft — jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen“.

Das Saarstatut stellt gleichsam die Verfassung für das Saargebiet für die Dauer des jetzigen Regimes dar, während die zu diesem Statut gewechselten Noten gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen enthalten. Der Völkerbund hat sich die sozialen Gesichtspunkte, soweit man von solchen in diesem Diktat sprechen kann, ausdrücklich zu eigen gemacht und sie mit seiner Instruktion an die Regierungskommission besonders unterstrichen. Die Saarregierung hat sich über ihre Pflichten, die Rechte der Saargebietsbevölkerung sicherzustellen, bisher hinweggesetzt zugunsten der rein materiellen Interessen des französischen Staates. Damit hat die Saarregierung selbst die Grundlagen des Saarstatuts erschüttert.

Während der letzten Septembertagung des Völkerbundes ist von den einzelnen Saardelegationen die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf diese unhaltbar gewordenen Zustände im Saargebiet erneut gelenkt worden. Auch die in Genf versammelt gewesenen Mitglieder der Regierungskommission haben die Berechtigung der Klagen über die Wirtschaftsnöte an der Saar anerkannt und Prüfung und Abhilfe zugesagt. Darüber hinaus haben sich die französischen Hauptdelegierten zum Völkerbund, Briand und Paul-Boncour, nach Darlegung der Verhältnisse an der Saar durch die sozialdemokratische Saardelegation dahin ausgesprochen, daß sie die Berechtigung der Saarbeschwerden feststellten und sich für ihre Abstellung verwenden wollten. Die von deutscher Seite gegebenen Zusagen sind inzwischen unter anderem durch die Einführung der Durchgangstarife für Saarkohle nach Süddeutschland eingelöst worden. Der französische Saargrubenfiskus aber sabotiert die Zusagen der Staatsmänner dadurch, daß er die Tarifverbilligung auf deutschen Bahnen durch Neugestaltung der Kohlenpreise illusorisch macht.

Ist das Dummheit, ist es Sabotage oder ist es überlegte Politik? Man kann nicht von einer Maßnahme auf die Gesamttenenz der französischen Politik schließen wollen. Aber leider handelt es sich nicht nur um eine Maßnahme, vielmehr stellt diese preispolitische Antwort des französischen Saargrubenfiskus auf die Frachtverbilligungsaktion der deutschen Reichsbahn nur einen neuen Beweis in der Kette französischer Ausbeutungspolitik dar.

Wie sich zahlenmäßig die französische Ausbeutungspolitik im Saargebiet auswirkt, dafür gibt der Ite-Haushalt für 1925 einen unumstößlichen Beweis. Der Voranschlag sah einen Staatsausgleich mit 223 Millionen vor. Dieser Voranschlag ist in den Einnahmen mit rund 300 Millionen um nahezu 77 Millionen überschritten worden, während die Ueberschreitung der Ausgaben 28 Millionen ausmacht. Tatsächlich hat also der Saarhaushalt im Jahre 1925 einen Ueberschuß von rund 50 Millionen erbracht, ein Betrag, der aus der Saarbevölkerung regelrecht herausgepreßt worden ist. Anachts dieses Einnahmeüberschusses, unter welchem sich 10 Millionen Franken an direkten Steuern und 18 Millionen Franken an Kolleinnahmen befinden, erscheint die Steuerpolitik der Saarregierung in noch eigenartigerem Lichte,

wenn man aus dem Ite-Haushalt für 1925 die überraschende Tatsache feststellen muß, daß das größte Wirtschaftsunternehmen des Saargebietes, die französische Saargrubenverwaltung, nur 16,8 Millionen Franken an Steuern ausbrachte. Aus den uns bisher vorliegenden Zahlenangaben des Ite-Haushaltes für 1925 stehen uns Angaben über die insgesamt eingegangenen Steuerbeträge noch nicht zur Verfügung. Da nach dem zwischen Saarregierung und französischer Regierung abgeschlossenen Steuerabkommen die Saargruben jedoch nur rund ein Sechstel des gesamten Steueraufkommens im Saargebiet aufzubringen haben, so dürfte der Gesamtbetrag der im Saargebiet im Jahre 1925 erhobenen Steuern 100 Millionen Franken nicht wesentlich übersteigen. Ist dieser Betrag aber erheblich höher, dann muß angenommen werden, daß durch irgendwelche der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt gewordene Manipulationen der Steueranteil der Saargruben noch unter ein Sechstel herabgedrückt worden ist.

Dieses geradezu aufreizende Zahlenverhältnis zwischen Steuerleistung des französischen Grubenfiskus und der Steuerzahlenden Wirtschafts- und Bevölkerungskreise des Saargebiets gewinnt aber noch ein besonders tragisches Gesicht, wenn man sich die Wirtschaftsentwicklung des Saargebiets im Jahre 1925 vergegenwärtigt. Es war das jenes Jahr der endgültigen zollpolitischen Abschnürung des Saargebiets vom übrigen Deutschland, was eine zunehmende Verkümmernng des saarländischen Wirtschaftskörpers zur Folge haben mußte. Alle Eingaben, alle Beschwerden an Saarregierung und Völkerbund über die damit zusammenhängende Verelendung der Bevölkerung an der Saar verhallten unbeachtet. Heute liegt ziffernmäßig das Ergebnis dieser Ausbeutungspolitik der Saarregierung vor: 50 Millionen von der Saargebietsbevölkerung erpreßter Steuern, die in französischen Banken ruhten und zugunsten des französischen Staatsfiskals arbeiteten. Auch diese Tatsache muß in diesem Zusammenhang festgehalten werden. Man hat nichts darüber erfahren, wo diese 50 Millionen geblieben sind. Die Steuern sind im Jahre 1926, sind im laufenden Jahre 1927 nicht geringer, sondern höher geworden. Wer hat mit den 50 Millionen von der Saargebietsbevölkerung herausgepreßter Steuern Geschäfte gemacht? Nicht ein Pfennig davon ist in die saardeutsche Wirtschaft zurückgefloßen. Französische Banken, der französische Fiskus waren die Nutznießer dieser überhohen Steuermillionen.

Sollte wirklich keine Möglichkeit bestehen, an Hand dieser ziffernmäßig belegten Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten den Völkerbund zu veranlassen, die Saarregierung anzuhalten, sich wenigstens einigermaßen an die Bestimmungen des Vertrages, an ihren Auftrag zu halten?

Wir haben leider, besonders auch noch nach Locarno, die Erfahrung machen müssen, daß Frankreich die Einhaltung der Bestimmungen von Deutschland in französischem Sinne mit aller Entschiedenheit verlangt hat, auch dort, wo deutsche Verpflichtungen nicht ohne weiteres nachzuweisen sind. Des lieben Friedens willen haben wir immer wieder nachgegeben. Andererseits verneinte Frankreich in allen Fällen eine Vertragserfüllung, wenn sie sich gegen Frankreich richtete. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Juristen, an Hand der einzelnen Saarstatutsbestimmungen einmal nachzuweisen, wie oft Frankreich seit Bestehen des Saarstatuts die einzelnen Bestimmungen leichtfertig oder böswillig verlegt hat. Von dem Vertragsbruch in der Währungsfrage bis zur Aufstellung des Saarbahnshakes, von der Schaffung der Saareinwohnerschaft bis zur steuerlichen Bevorzugung des Saargrubenfiskus, von der Einrichtung französischer Volksschulen für deutsche Saarkinder bis zur Durchlöcherung der deutschen Reichsarenen gegen Lothringen durch unterirdische Kohlenflöße, ergibt sich eine fast unübersehbare Kette von Vertragsverletzungen, Vertragsbrüchen und Vertragsbeugungen seitens Frankreichs, so daß mit Recht die Frage erhoben werden muß: besteht noch das Saarstatut?

**Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!**



# Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage  
zum  
**Saar-Freund**



Nummer 10 / 3. Jahrgang



Berlin, 15. Oktober 1927

## Eine alte Kulturstätte im Saarland.

Tholey am Schaumberg.

Von Dr. Kloeckern.

Photographien  
von M. Wenz, Saarbrücken.

Wenn man aus dem Kohlengebiet des Saarlandes über die Linie Wemmetsweiler-Lebach in den nördlichen Teil des Saargebietes vordringt, so ändert die Landschaft ihren Charakter. Wie große Wellen ziehen einige ruhige Höhenrücken in der Richtung von Südwesten nach Nordosten. Es ist wunderschön am frühen Sommermorgen auf diesen Höhenzügen zu wandern und den Blick über die freundlichen, tief sich neigenden Wiesentäler und über die blauen Linien der Hochwaldberge schweifen zu lassen. Die Gegend hat einen ausgesprochenen häuslichen, idyllischen Zug; die Menschen wohnen in freundlichen Altdörfern, die nicht so eng und nahe beieinander liegen, als in dem südlichen Kohlengebiet.

Ob man von Dirmingen aus über den Höhenrücken nach Norden wandert oder von Lebach aus über Alsbach, Taler-

weiler, Sothweiler, überall steigern sich die Landschaftsformen und immer wieder taucht in nördlicher Richtung der schöngeformte Rücken des saarländischen „Luginslandes“, der Schaumberg vor unsern Blicken auf. Am Fuße dieses Berges liegt, vor kalten und rauhen Nordwinden geschützt, eine ehrwürdige Kulturstätte aus dem Mittelalter: Tholey. Wie anderswo, so wußten auch hier die klugen Mönche den schönsten, besten Platz für die Anlage ihres Klosters herauszufinden. Der mächtig und steil aufragende Schaumberg, ein alter Vulkankegel, gibt dem idyllischen Flecken Tholey einen monumentalen Abschluß.

Eine zweitausendjährige Geschichte hat den Schaumberg und dem Orte Tholey etwas Achtung gebietendes verliehen. Bereits die alten Kelten haben diesen Berg, der wie ein starker Vor-



Kirche von Tholey mit dem Schaumberg.





Ehemalige Abtei von Suden.

posten vor dem Hochwald steht, bewohnt und seine gute strategische Lage klar erkannt. Wie an anderen Orten in der Saargegend und im Hunsrück, so haben sie auch auf dieser Höhe einen befestigten Ringwall angelegt, und von dem Plateau loderten von Zeit zu Zeit Opferfeuer zum Himmel empor. Ebenso hat der auf Beherrschung eingestellte Sinn der Römer bei der Eroberung des Landes in der Mitte des ersten Jahrhunderts vor Christi Geburt diesen Berg als militärisch wichtigen Punkt erkannt und verwertet; denn diese Höhe war infolge des großartigen Rundblicks ganz besonders dazu geeignet, die in der Nähe vorbeiführenden Römerstraßen zu bewachen. Daß die Römer oben ein großes Kastell angelegt haben, ist nicht anzunehmen. Wozu auch? Die Kelten waren keine besonders auffälligen Menschen, und die Germanen waren doch recht weit entfernt. Römerkastelle sind in der Saargegend erst gebaut worden, als die Römerherrschaft am Rhein ins Wanken kam. Aber wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß die Römer auf der stolzen Höhe einen Signalposten aufgestellt haben, der von dem nahen Römerlager im Vareswald am Ostabhang desselben Berges abgelöst wurde.

Jahrhunderte vergehen nach dem Zusammenbruch der Römerherrschaft durch die Kraft der Franken, ehe wir davon hören, daß oben auf dem Schaumberg eine große mittelalterliche Ritterburg sich erhebt. Eben um die Wende des ersten Jahrtausends ist diese gebaut worden, um 1200 ist sie vorübergehend in den Händen der Grafen von Blieskastel, dann unter der Herrschaft der Grafen von Veldenz, bis sie gegen Ende des 13. Jahrhunderts in den Besitz der Herzöge von Lothringen übergeht; in ihrem Besitz bleibt sie bis zu ihrer Zerstörung im 30jährigen Kriege. Nachher ist sie nicht wieder aufgebaut worden.

Die Römerzeit hat auch im heutigen Orte Tholey Spuren hinterlassen. Römische Kaufleute und Beamte bauten sich in unserer Gegend vielfach Häuser. Die Ueberreste einer solchen Villa mit ausgedehnten, luxuriösen Badeanlagen hat man vor einiger Zeit an der Stelle in Tholey entdeckt, wo heute die alte Abteikirche steht. Nach der Verdrängung der Römer durch die Franken im 5. Jahrhundert setzte an verschiedenen Stellen des

Saarlandes die Christianisierung des Landes durch Glaubensboten ein und am Anfange des 7. Jahrhunderts ist auch in Tholey die Grundlage für die Benediktinerabtei gelegt worden. Leider ist die Ueberlieferung recht lückenhaft, weil mehrfach im Laufe der Geschichte schon Kriegsstürme dieses Gebiet trafen und in der Zeit der französischen Revolution das Archiv des Klosters in Flammen aufging und dabei alle vorhandenen Urkunden des Klosters verbrannten. Was sonst in Archiven zu Koblenz, Trier, Verdun sich findet, ist recht dürftig. Keine 30 Urkunden sprechen von Tholey, und selbst die Abtlisten sind ungenau.

In einem Testament des Adalghisel, auch Grimo genannt, aus dem Jahre 633, das uns in einer Abschrift aus dem 10. oder 11. Jahrhundert erhalten ist, wird gesagt, daß Grimo der Domkirche zu Verdun das „Domo et castrum Teulegio“ vermache. „Domo“ soll soviel heißen wie etwa Domäne, und „castrum“ bezieht sich wohl auf den befestigten Schaumberg. Das Wort Tholey ist keltischen Ursprungs und mit Sicherheit bis heute noch nicht erklärt. Also Tholey steht unter der Oberhoheit der bischöflichen Kurie in Verdun, und etwa um 920 werden die Gebeine des heiligen Mauritius von Verdun nach Tholey übergeführt. Seitdem heißt die Benediktiner-Niederlassung das Kloster des hl. Mauritius. Das Standbild dieses Schutzheiligen steht heute, freilich aus späterer Zeit stammend und ohne besonderen künstlerischen Wert, in der Nähe der heutigen Kirche. Zu dem Kloster gehörten die Dörfer von Tholey, Winterbach, Marpingen, Steinbach, Alsbach, Erweiler usw.

Die wichtig und beherrschend über den Marktflecken Tholey hinausragende Abteikirche ruht auf den Fundamenten der oben erwähnten römischen Luginsvilla, sie ist in der Mitte des 13. Jahrhunderts erbaut, in der Zeit, da die neuen, aufwärtsstrebenden, gotischen Formen die schweren romanischen verdrängen. Dieser Uebergang der Stilformen kommt deutlich zum Ausdruck in dem leider stark beschädigten, aber formschönen, ehemals mit



Inneres der Kirche.



vielen Steinfiguren gezierten Portal, durch das man von der Nordseite in die Kirche eintritt. In der Mitte des Portals über der Eingangstüre ist das Bild der Auferstehung Christi noch erhalten. Auf dem Vorplatz der Kirche, der früher Kirchhof war, stehen noch Steinsärge, die wohl von Aebten oder Mönchen des Klosters herrühren. Am Südeinde der Kirche erhebt sich massiv und wuchtig der vieredrige Turm, dem man im 18. Jahrhundert, nachdem die Kirche im 30jährigen Kriege schwer gelitten hatte, den großen Barockhelm aufgesetzt hat, der zwar stilistisch nicht zu den gotischen Formen paßt, aber doch keineswegs einen schlechten Abschluß nach oben darstellt. Das Innere der Kirche ist eine aus seinem Formgefühl geschaffene dreischiffige Basilika mit vornehmem Chorabschluß. Auch im Innern der Kirche empfindet man die Uneinheitlichkeit der Stile. Man hat in der Barockzeit des 18. Jahrhunderts starke Veränderungen vorgenommen. Damals wurden die prächtige Orgel und die geschnitzten Chorstühle eingebaut. Die Kanzel mit ihrem reichen Schnitzwerk ist jüngeren Datums.

Abgesehen von der herrlichen Abteikirche ist von den übrigen Klostergebäuden wenig mehr vorhanden. Das heutige Pfarrhaus ist die alte Abtwohnung. Vom Flur des Pfarrhauses führt heute eine Tür in einen Raum, in dem man in allerjüngster Zeit ein Museum eingerichtet hat. Man hat darin alles zusammengetragen, was man in Tholey an römischen und mittelalterlichen Überresten noch gefunden hat. Aus römischer Zeit sind Stücke von Götterbildern, Ziegel und Handmühlen zu sehen. Bedeutend reichhaltiger ist die Sammlung aus der klösterlichen Zeit. Die wertvollste Statue ist ein Verkündigungseengel, der ursprünglich am Eingangsportale an der Nordseite stand. Trotz der starken Verwitterung erkennt man doch auf den ersten Blick am Faltenwurf des Gewandes und an dem eigenartigen Gesichtsausdruck, daß diese Statue von einem bedeutenden Künstler geschaffen sein muß. Freilich zeugt es von wenig Geist und Geschmack, diese Gestalt, wie das in dem Museum auf einer angebrachten Tafel geschehen ist, als „Monna Lisa des Nordens“ zu bezeichnen. Aus der Renaissancezeit ist eine gut erhaltene Grabplatte einer Gönnerin des Klosters, der Gräfin von Niebrücken, vorhanden, und aus der Barockzeit einige Figuren ohne besondere künstlerische Qualitäten. In Schränken sind Reste der einst sicher sehr reichhaltigen



Kirche von Tholey von Südosten.



Innerer Chorstuhl.

Bibliothek, Bibeln, Heiligenlegenden, Salzbücher. Tholey hatte, wie so viele Benediktinerabteien, einen bedeutenden wissenschaftlichen Ruf; leider ist die Bibliothek und das Archiv, wie überhaupt das ganze Kloster, mehrfach schwer mitgenommen worden, so in der Reformationszeit, in dem 30jährigen Kriege, in den Raubkriegen Ludwigs XIV., und vor allem in der französischen Revolution. Danach wurden die Mönche vertrieben, das Kloster zum Teil verbrannt. Das Jahr 1793, das Schreckensjahr für das ganze Land an der Saar, hat dieser klösterlichen Kulturstätte nach einer elfhundertjährigen Entwicklung den Todesstoß versetzt.

Einen kleinen Einblick in die Schönheit der an die Abteikirche ehemals angrenzenden Räume bekommt man beim Eintritt in die ehemalige Sakristei, die man in geradezu barbarischer Weise in eine Klosterkuche umgewandelt hat. Das interessante gotische Deckengewölbe, das von reich verzierten Pfeilern getragen wird, deutet noch darauf hin, daß dieser nüchterne Wirtschaftsraum ehemals höheren Zwecken gedient hat. Die ganze Anlage des Klosters ist der Normaltyp der mittelalterlichen Klöster. Um einen Hof oder Kreuzgang legen sich die Kirche und die Gebäude der Klausur; daran schließen sich die Wirtschaftsgebäude. Nach Süden zu breiten sich vor den Klostergebäuden, ganz der warmen Sonne ausgesetzt, große, von Mauern um-



schlossene Obst- und Gemüsegärten aus.

Der Ort Tholey, ein stilles, idyllisches Ländchen, bietet, abgesehen von der Abteikirche, wenig Interessantes.

Aber wer einmal in Tholey weilt, vergißt nicht, seine Schritte bergauf zu lenken und in einer halben Stunde auf Serpentinpfaden durch Laub- und Nadelwald den Schaumberg zu besteigen. Je höher man kommt, um so weiter und freier wird der Blick in das herrliche deutsche Land. Wer mag in vergangenen Jahrhunderten wohl schon hinaufgepilgert sein! Keltische Bewohner stiegen zur Höhe, um in Zeiten der Not Hab und Gut zu bergen hinter dem schützenden Ringwall, römische Legionäre, die oben Wache hielten, und römische Kaufleute, die in Tholey sich angesiedelt hatten, mittelalterliche Mönche pilgerten hinauf und Ritter als Feinde oder Freunde der Burgherren. Und heute steigen wir Bewohner des Saargebietes gern hinauf, um Aussicht zu halten in unserem deutschen Heimatlande, und dabei denken wir mit Stolz an die Jahrhunderte, die voll Freud und Leid an dieser Kulturstätte vorüberzogen.

Oben auf der Höhe ist ein Plateau. Ueberreste alter Burgmauern stecken überall noch in der Erde. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, so könnte man heute von einem hohen Aussichtsturm den großen Rundblick über die herrliche Gegend genießen. Heute ragen nur die traurigen Ueberreste des steinernen Turmes, zu dem man im Sommer 1914 den Grundstein legte, etwa 8 bis zehn Meter ruinenhaft empor, und sicherlich meint manch harmloser Besucher des Berges, das seien die Ueberreste der alten Ritterburg. Ein umfassender Rundblick ist leider heute von oben nicht möglich, da die Baumwipfel sich über den Rand des Plateaus erheben und den Blick einengen. Wo sich aber von einem kleinen Felsvorsprung ein Ausblick nach Süden darbietet, schaut man in ein sonniges, fruchtbares Land. Steil unten am Fuße des Berges hebt sich aus dem Dorf wie ein Riese die mächtige Abteikirche von Tholey heraus. Wie große, unregelmäßig hingelegte Teppiche breiten sich Wiesen und fruchtbare Felder aus, untermischt von kleinen, dunklen Waldpartien. Nach Süden strecken sich wie große Wellen die Höhenzüge hin, die ganz in der Ferne fast unmerklich in den blauen Dunst des Horizonts übergehen.



Statuen aus dem Kirchenmuseum. (Mitte Verklärungseengel.)



„Johannestopf“, mutmaßlich aus dem 14. Jahrhundert stammend.

Nach Norden zu fällt der Berg nicht so steil ab, dort befindet sich, fast noch auf der Höhe, ein Hofgut, das früher zum Kloster gehörte. Indem wir uns dahin begeben, eröffnet sich wiederum ein herrliches Landschaftsbild. Im Norden ist die Landschaft bewegter, abwechslungsreicher; der Hunstried liegt nahe vor uns und grüßt zu uns herüber. Am Abhang des Schaumberges ist die Quelle der Blies, die in zahllosen Windungen durch ein Wiesental zunächst nach Osten in der Richtung nach St. Wendel läuft, um dann in südlicher Richtung der Saar zuzueilen. An ihrem Wege liegen eine ganze Anzahl bedeutender Kulturstätten, von denen ein andermal erzählt werden soll.

### Zukunftspläne auf dem Schaumberg.

Wenn wir heute auf den Schaumberg hinaufsteigen, erscheint uns oben auf der Höhe der Ueberrest von Mauern, und der erste Gedanke ist der, daß diese Mauern wohl von der mittelalterlichen Burgherrlichkeit stammen. Aber bei genauerem

Zusehen wird doch aus den Eisenträgern, die noch herumliegen, klar, daß es sich hier um ein viel jüngeres Bauwerk handeln muß. Man hatte vor dem Weltkriege den Plan zur Ausführung bringen wollen, oben auf der Höhe einen mächtigen Aussichtsturm (den Kaiser-Wilhelm-Turm) zu errichten, von dem man über das hinaufschauende Laubwerk hinweg einen großen freien Rundblick haben sollte. Dieser Plan war schon so weit in

die Wirklichkeit umgesetzt, daß der Turm halbvollendet da stand. Da brach der Krieg aus, und den Arbeiten wurde Einhalt geboten. Stein bröckelte wieder von Stein ab, und heute recken sich die halbfertigen Mauern zum Himmel. Es ist nun nach dem Kriege nicht mehr das Geld vorhanden gewesen, um den Turm zu vollenden. Man ließ überhaupt die Idee fallen und ersetzte sie durch eine neue, die aber auch heute noch nicht ausgeführt ist: an Stelle des geplanten Aussichtsturms eine Kriegergedächtniskapelle zu errichten. Ob dieser Gedanke zur Tat wird, wird wohl abhängen von den Summen, die zu diesem Zwecke aufgebracht werden müssen. Wünschenswert ist nur, daß eine solche Gedächtniskapelle geistig alle diejenigen einschließt, die in der Westmark für das Vaterland gefallen sind.



## Neuwahl der Saar-Regierung?

Von Joseph Gergen, Genf.

Die Nichtwiederwahl Belgiens und der Tschechoslowakei in den Völkerbundsrat wird Folgen haben, die man deutscherseits nicht übersehen sollte. Bekanntlich sind diese beiden Staaten in einem sehr wichtigen Völkerbund Organ, in der Saarregierung, vertreten, und die Rückwirkungen des belgischen und tschechischen Durchfalls können sich dort bemerkbar machen. Belgien gibt in der Saarregierung den Ausschlag nach der Richtung der französischen Mehrheit und Frankreich durfte sich angesichts auch seiner mittelbaren Niederlage im Völkerbundsrat jetzt gerade auf das belgische Mitglied in der Saarregierung stützen, um seine Saarpolitik weiter zu betreiben. Dagegen schlägt auch nicht die von saarländischen politischen Führern vertretene Auffassung, daß der Völkerbundsrat doch in seiner Sitzung vom 12. März 1927 die Auffassung geäußert habe, der Ratsbeschluss vom 13. Februar 1920 sei aufrecht zu erhalten und demgemäß müsse „der Rat bei der nächsten Gelegenheit die Zusammensetzung der Saarregierung ändern.“ Wir glauben nicht an diese Aenderung, zumal nach der belgisch-tschechischen Niederlage im Räte. Vielmehr wird sich Belgien und Frankreich auf die anfänglich der Danziger Frage der Westplatte von dem eingelegten Juristenkomitee getroffene Entscheidung stützen und erklären, daß gemäß diesem Beschluss der Juristen die Resolutionen des Rates bezgl. der Saar rein verwaltungsrechtliche Entschlüsse sind, die im Gegensatz zu den rein juristischen Entscheidungen geändert werden können.

Angesichts der belgischen Niederlage im Rat und der damit verbundenen mittelbaren Niederlage Frankreichs in seiner Saarpolitik dürfte es doch zum mindesten zweifelhaft erscheinen, ob sich Belgien und Frankreich und nicht zuletzt auch die Tschechi mit einer Aenderung der Saarregierung einverstanden erklären werden. Frankreich wird um so weniger seine Zustimmung geben, als es in Belgien kein Ratsmitglied mehr hat, welches seine Politik unterstützt. Briand wird alles aufbieten, um den belgischen Einfluss im Saargebiet weiter aufrecht zu erhalten. Der Stresemannschen Friedenspolitik zuliebe wird er die französischen Ziele im Saargebiet nicht aufgeben, noch viel weniger der deutschen Augen wegen. Denn auch Briand ist, so sehr er es versteht, donnernde und begeisterte Friedensreden zu halten, in erster Linie Franzose und dann erst ein guter Europäer. Nicht umgekehrt. Das soll man in Deutschland und vor allem im Saargebiet nicht vergessen. Es liegt angesichts der Neuwahl im Rat kein Grund zu Optimismus

vor. Wohl aber liegt ein Grund zur gründlichen deutschen Vorbereitung für die Märztagung 1928 vor, eine Arbeit, die damit rechnen muß, daß die oben gestreifte Entscheidung des Juristenkomitees von Frankreich herangezogen wird, um seine dominierende Stellung an der Saar aufrecht zu erhalten.

Deutscherseits und auch an der Saar wäre es gut, wenn man mit den Dingen rechnet, wie sie sind und nicht, wie der Wunsch als Vater des Gedankens sie gerne haben möchte. Den Dingen heißt es vor allem an der Saar angesichts der Neuwahlen des Rates klar in die Augen schauen und Wirklichkeitspolitik treiben. Man treibt keine gute Politik, wenn man lediglich die Politik von Berlin oder Saarbrücken aus sieht und die Gegenspieler außer Acht läßt. Der Gegenspieler Briand ist auch heute noch sehr, sehr stark und die Saarbevölkerung wird gut tun, nicht allzu optimistisch zu sein. Zudem: was bedeutet es denn, sich auf eine Ratsentscheidung bezgl. einer Aenderung in der Zusammensetzung der Saarkommission zu verlassen? Hat nicht der Rat auch im März 1927 die Entschlüsse gefaßt, daß der Bahnstich nicht militärisch sei und was ist er tatsächlich? Hat sich der Rat bisher um die Verletzung seiner Entscheidung vom 12. März 1927 vielleicht gekümmert? Nicht im geringsten! Warum auf einmal so sehr auf die Ratsentscheidungen pochen, die doch vielfach nur Papier waren? Es gilt nicht, in Pessimismus zu machen, sondern die Politik zu sehen, wie sie liegt. Es wäre sicherlich der sehnlichste Wunsch der deutschen Bevölkerung, daß der optimistische Gedanke bezgl. der Ausschaltung der französischen Mehrheit an der Saar zur Wirklichkeit würde und man kann und darf Deutschland und dem Saargebiet hierzu vollen Erfolg wünschen. Aber es fehlt vielfach der Glaube und die Zukunft wird zeigen, wo die Paralysierung der nicht belgischen Niederwahl sich auswirkt.

Als Resümé kann wohl zusammengefaßt werden: Das Ausscheiden Belgiens und der Tschechi aus dem Völkerbundsrat ist für Deutschland kein allzu großer Gewinn. Einen kleinen Gewinn bedeutet es sicherlich. Es liegt aber kein Anlaß zu großen optimistischen Lobgesängen auf die Unparteilichkeit des Völkerbundsrates vor. Er ist und bleibt noch auf Jahre hinaus der Schrittmacher der Abwicklungsagenten für die Erhaltung des status quo 1919.

Schließt ihr Saarpolitiker keinen Vertrag mit dem Optimismus. Einmal schon seid ihr stark enttäuscht worden.

## Die Saarregierung legt den Istetat vor.

Schon des Oefleren haben wir uns an dieser Stelle mit der eigenartigen Auffassung befaßt, wie sie die Regierungskommission bisher den gewählten Vertretern der Saarbevölkerung gegenüber in der Frage der verantwortlichen Mitwirkung an der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Rechenschaftslegung über die Verwendung der vereinnahmten Steuergelder vertreten hat. Bisher war die Lage so: Die Regierungskommission hat zunächst ohne Befragung des Landrates den von ihr aufgestellten Solletat zum Beschluss erhoben. Erst einige Monate später — manches Mal bedurfte es dazu eines heftigen Drängens — hat die Regierungskommission dem Landesrat den Etat lediglich zur Kenntnisnahme zugefandt. Dieser konnte dann — meist aber erst, wenn schon ein Teil des Etatsjahres verfloßen war — an dem Etat Kritik üben. Aber die Regierungskommission hat sich um diese Kritik überhaupt nicht gekümmert. Mehr oder weniger blieb dieser Etat für die Landesratsabgeordneten ein Buch mit sieben Siegeln, oder wie es einmal ausgedrückt worden ist: ein Fragebuch für vorwichtige Kinder. Denn die Regierungskommission weigerte sich beharrlich, auch den Istetat der verfloßenen Jahre vorzulegen, also über ihre Finanzgebarung in der Vergangenheit Rechenschaft abzugeben. Ein Etat ist aber nur dann stichhaltig zu kritisieren,

wenn den im Voranschlag angegebenen Zahlen auch die Istzahlen der verfloßenen Jahre gegenübergestellt werden. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß es sich bei den ganzen Zahlen des vorgelegten Solltetats mehr oder weniger um Phantaszahlen handelte, wie es einmal im Landesrat ausgedrückt worden ist.

Es bedarf keiner Frage, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn auf der einen Seite so ungeheuerliche Steuersummen aus der Bevölkerung herausgepreßt werden, wie dies im Saargebiet der Fall ist und auf der anderen Stelle in keiner Weise Rechenschaft über die Verwendung der Steuergelder abgelegt wird. Seit Jahr und Tag ist daher die an und für sich so selbstverständliche Forderung erhoben worden, daß der Landesrat einmal verantwortlich bei der Aufstellung des Etats mitwirken dürfe, und daß durch die Vorlage des Isttetats der saarländischen Volksvertretung alljährlich Rechenschaft über die Verwendung der Steuergelder abgelegt würde. Bei dieser Forderung konnte man sich darauf berufen, daß das bisherige Verfahren der Saarregierung durchaus mit den Bestimmungen des Saarstatuts in Widerspruch steht. Dort heißt es nämlich, daß der Landesrat vor Erlass von Gesetzen jeweils ge-



schlossene Obst- und Gemüsegärten aus.

Der Ort Tholey, ein stilles, idyllisches Ländchen, bietet, abgesehen von der Abteikirche, wenig Interessantes.

Aber wer einmal in Tholey weilt, vergißt nicht, seine Schritte bergauf zu lenken und in einer halben Stunde auf Serpentinpfaden durch Laub- und Nadelwald den Schaumberg zu besteigen. Je höher man kommt, um so weiter und freier wird der Blick in das herrliche deutsche Land. Wer mag in vergangenen Jahrhunderten wohl schon hinaufgepilgert sein! Keltische Bewohner stiegen zur Höhe, um in Zeiten der Not Hab und Gut zu bergen hinter dem schützenden Ringwall, römische Legionäre, die oben Wache hielten, und römische Kaufleute, die in Tholey sich angesiedelt hatten, mittelalterliche Mönche pilgerten hinauf und Ritter als Feinde oder Freunde der Burgherren. Und heute steigen wir Bewohner des Saargebietes gern hinauf, um Aussicht zu halten in unserem deutschen Heimatlande, und dabei denken wir mit Stolz an die Jahrhunderte, die voll Freud und Leid an dieser Kulturstätte vorüberzogen.

Oben auf der Höhe ist ein Plateau. Ueberreste alter Burgmauern stecken überall noch in der Erde. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, so könnte man heute von einem hohen Aussichtsturm den großen Rundblick über die herrliche Gegend genießen. Heute ragen nur die traurigen Ueberreste des steinernen Turmes, zu dem man im Sommer 1914 den Grundstein legte, etwa 8 bis zehn Meter ruinenhaft empor, und sicherlich meint manch harmloser Besucher des Berges, das seien die Ueberreste der alten Ritterburg. Ein umfassender Rundblick ist leider heute von oben nicht möglich, da die Baumwipfel sich über den Rand des Plateaus erheben und den Blick einengen. Wo sich aber von einem kleinen Felsvorsprung ein Ausblick nach Süden darbietet, schaut man in ein sonniges, fruchtbares Land. Steil unten am Fuße des Berges hebt sich aus dem Dorf wie ein Riese die mächtige Abteikirche von Tholey heraus. Wie große, unregelmäßig hingelegte Teppiche breiten sich Wiesen und fruchtbare Felder aus, untermischt von kleinen, dunklen Waldpartien. Nach Süden strecken sich wie große Wellen die Höhenzüge hin, die ganz in der Ferne fast unmerklich in den blauen Dunst des Horizonts übergehen.



Statuen aus dem Kirchenmuseum. (Mitte Verkündigungsengel.)



„Johannestopf“, mutmaßlich aus dem 14. Jahrhundert stammend.

Nach Norden zu fällt der Berg nicht so steil ab, dort befindet sich, fast noch auf der Höhe, ein Hofgut, das früher zum Kloster gehörte. Indem wir uns dahin begeben, eröffnet sich wiederum ein herrliches Landschaftsbild. Im Norden ist die Landschaft bewegter, abwechslungsreicher; der Hunsrück liegt nahe vor uns und grüßt zu uns herüber. Am Abhang des Schaumberges ist die Quelle der Blies, die in zahllosen Windungen durch ein Wiesental zunächst nach Osten in der Richtung nach St. Wendel läuft, um dann in südlicher Richtung der Saar zuzueilen. An ihrem Wege liegen eine ganze Anzahl bedeutender Kulturstätten, von denen ein andermal erzählt werden soll.

### Zukunftspläne auf dem Schaumberg.

Wenn wir heute auf den Schaumberg hinaufsteigen, erscheint uns oben auf der Höhe der Ueberrest von Mauern, und der erste Gedanke ist der, daß diese Mauern wohl von der mittelalterlichen Burgherrn stammen mögen. Aber bei genauerem Zusehen wird doch aus den Eisenträgern, die noch herumliegen, klar, daß es sich hier um ein viel jüngeres Bauwerk handeln muß. Man hatte vor dem Weltkriege den Plan zur Ausführung bringen wollen, oben auf der Höhe einen mächtigen Aussichtsturm (den Kaiser-Wilhelm-Turm) zu errichten, von dem man über das hinaufschauende Laubwerk hinweg einen großen freien Rundblick haben sollte. Dieser Plan war schon so weit in die Wirklichkeit umgesetzt, daß der Turm halbvollendet da stand. Da brach der Krieg aus, und den Arbeiten wurde Einhalt geboten. Stein bröckelte wieder von Stein ab, und heute reden sich die halbfertigen Mauern zum Himmel. Es ist nun nach dem Kriege nicht mehr das Geld vorhanden gewesen, um den Turm zu vollenden. Man ließ überhaupt die Idee fallen und ersetzte sie durch eine neue, die aber auch heute noch nicht ausgeführt ist: an Stelle des geplanten Aussichtsturms eine Kriegergedächtniskapelle zu errichten. Ob dieser Gedanke zur Tat wird, wird wohl abhängen von den Summen, die zu diesem Zwecke aufgebracht werden müssen. Wünschenswert ist nur, daß eine solche Gedächtniskapelle geistig alle diejenigen einschließt, die in der Westmark für das Vaterland gefallen sind.

## Neuwahl der Saar-Regierung?

Von Joseph G6rgen, Genf.

Die Nichtwiederwahl Belgiens und der Tschechoslowakei in den V6lkerbundsrat wird Folgen haben, die man deutscherseits nicht 6bersehen sollte. Bekanntlich sind diese beiden Staaten in einem sehr wichtigen V6lkerbund Organ, in der Saarregierung, vertreten, und die R6ckwirkungen des belgischen und tschechischen Durchfalls k6nnen sich dort bemerkbar machen. Belgien gibt in der Saarregierung den Ausschlag nach der Richtung der franz6sischen Mehrheit und Frankreich durfte sich angesichts auch seiner mittelbaren Niederlage im V6lkerbundsrat jetzt gerade auf das belgische Mitglied in der Saarregierung st6zen, um seine Saarpolitik weiter zu betreiben. Dagegen verschl6gt auch nicht die von saarl6ndischen politischen F6hrern vertretene Auffassung, da6 der V6lkerbundsrat doch in seiner Sitzung vom 12. M6rz 1927 die Auffassung ge6u6ert habe, der Ratsbeschluf vom 13. Februar 1920 sei aufrecht zu erhalten und demgem66 m66e „der Rat bei der n6chsten Gelegenheit die Zusammensetzung der Saarregierung 6ndern.“ Wir glauben nicht an diese 6nderung, zumal nach der belgisch-tschechischen Niederlage im Ratsbeschluf. Vielmehr wird sich Belgien und Frankreich auf die ansl6sslich der Danziger Frage der Westplatte von dem eingesetzten Juristenkomitee getroffene Entscheidung st6zen und erkl6ren, da6 gem66 diesem Beschluf der Juristen die Resolutionen des Rates bezgl. der Saar rein verwaltungsrechtliche Entschl6ssungen sind, die im Gegensatz zu den rein juristischen Entschl6ssungen ge6ndert werden k6nnen.

Angesichts der belgischen Niederlage im Rat und der damit verbundenen mittelbaren Niederlage Frankreichs in seiner Saarpolitik d6rfte es doch zum mindesten zweifelhaft erscheinen, ob sich Belgien und Frankreich und nicht zuletzt auch die Tschechei mit einer 6nderung der Saarregierung einverstanden erkl6ren werden. Frankreich wird um so weniger seine Zustimmung geben, als es in Belgien kein Ratsmitglied mehr hat, welches seine Politik unterst6tzt. Briand wird alles aufbieten, um den belgischen Einflu6 im Saargebiet weiter aufrecht zu erhalten. Der Stresemannschen Friedenspolitik zuliebe wird er die franz6sischen Ziele im Saargebiet nicht aufgeben, noch viel weniger der deutschen Augen wegen. Denn auch Briand ist, so sehr er es versteht, donnernde und begeisterte Friedensreden zu halten, in erster Linie Franzose und dann erst ein guter Europ6er. Nicht umgekehrt. Das soll man in Deutschland und vor allem im Saargebiet nicht vergessen. Es liegt angesichts der Neuwahl im Rat kein Grund zu Optimismus

vor. Wohl aber liegt ein Grund zur gr6ndlichen deutschen Vorbereitung f6r die M6rztagung 1928 vor, eine Arbeit, die damit rechnen mu6, da6 die oben gestreifte Entscheidung des Juristenkomitees von Frankreich herangezogen wird, um seine dominierende Stellung an der Saar aufrecht zu erhalten.

Deutscherseits und auch an der Saar w6re es gut, wenn man mit den Dingen rechnet, wie sie sind und nicht, wie der Wunsch als Vater des Gedankens sie gerne haben m6chte. Den Dingen hei6t es vor allem an der Saar angesichts der Neuwahlen des Rates klar in die Augen schauen und Wirklichkeitspolitik treiben. Man treibt keine gute Politik, wenn man lediglich die Politik von Berlin oder Saarbr6cken aus sieht und die Gegenspieler au6er Acht l66t. Der Gegenspieler Briand ist auch heute noch sehr, sehr stark und die Saarbev6lkerung wird gut tun, nicht allzu optimistisch zu sein. Zudem: was bedeutet es denn, sich auf eine Ratsentschl6ssung bezgl. einer 6nderung in der Zusammensetzung der Saarkommission zu verlassen? Hat nicht der Rat auch im M6rz 1927 die Entschl6ssung gefa6t, da6 der Bahnschu6 nicht milit6risch sei und was ist er tats6chlich? Hat sich der Rat bisher um die Verletzung seiner Entscheidung vom 12. M6rz 1927 vielleicht gek6mmert? Nicht im geringsten! Warum auf einmal so sehr auf die Ratsentscheidungen pochen, die doch vielfach nur Papier waren? Es gilt nicht, in Pessimismus zu machen, sondern die Politik zu sehen, wie sie liegt. Es w6re sicherlich der sehnlichste Wunsch der deutschen Bev6lkerung, da6 der optimistische Gedanke bezgl. der Ausschaltung der franz6sischen Mehrheit an der Saar zur Wirklichkeit w6rde und man kann und darf Deutschland und dem Saargebiet hierzu vollen Erfolg w6nschen. Aber es fehlt vielfach der Glaube und die Zukunft wird zeigen, wo die Paralysierung der nicht belgischen Wiederwahl sich auswirkt.

Als Resum6 kann wohl zusammengefa6t werden: Das Ausscheiden Belgiens und der Tschechei aus dem V6lkerbundsrat ist f6r Deutschland kein allzugro6er Gewinn. Einen kleinen Gewinn bedeutet es sicherlich. Es liegt aber kein Anla6 zu gro6en optimistischen Lobges6ngen auf die Unparteilichkeit des V6lkerbundsrates vor. Er ist und bleibt noch auf Jahre hinaus der Schrittmacher der Abwicklungsagenten f6r die Erhaltung des status quo 1919.

Schlie6t ihr Saarpolitiker keinen Vertrag mit dem Optimismus. Einmal schon seid ihr stark entt6uscht worden.

## Die Saarregierung legt den Istetat vor.

Schon des Oefteren haben wir uns an dieser Stelle mit der eigenartigen Auffassung befa6t, wie sie die Regierungskommission bisher den gew6hlten Vertretern der Saarbev6lkerung gegen6ber in der Frage der verantwortlichen Mitwirkung an der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Rechenschaftslegung 6ber die Verwendung der vereinnahmten Steuergelder vertreten hat. Bisher war die Lage so: Die Regierungskommission hat zun6chst ohne Befragung des Landrates den von ihr aufgestellten Solletat zum Beschlu6 erhoben. Erst einige Monate sp6ter — manches Mal bedurfte es dazu eines heftigen Dr6ngens — hat die Regierungskommission dem Landesrat den Etat lediglich zur Kenntnisnahme zugesandt. Dieser konnte dann — meist aber erst, wenn schon ein Teil des Etatsjahres verflossen war — an dem Etat Kritik 6ben. Aber die Regierungskommission hat sich um diese Kritik 6berhaupt nicht gek6mmert. Mehr oder weniger blieb dieser Etat f6r die Landesratsabgeordneten ein Buch mit sieben Siegeln, oder wie es einmal ausgedr6ckt worden ist: ein Fragebuch f6r vorwiegige Kinder. Denn die Regierungskommission weigerte sich beharrlich, auch den Istetat der verflossenen Jahre vorzulegen, also 6ber ihre Finanzgebarung in der Vergangenheit Rechenschaft abzugeben. Ein Etat ist aber nur dann stichhaltig zu kritisieren,

wenn den im Voranschlag angegebenen Zahlen auch die Istzahlen der verflossenen Jahre gegen6bergestellt werden. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, da6 es sich bei den ganzen Zahlen des vorgelegten Solltetats mehr oder weniger um Phantastzahlen handelte, wie es einmal im Landesrat ausgedr6ckt worden ist.

Es bedarf keiner Frage, da6 es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn auf der einen Seite so ungeheuerliche Steuersummen aus der Bev6lkerung herausgepre6t werden, wie dies im Saargebiet der Fall ist und auf der anderen Stelle in keiner Weise Rechenschaft 6ber die Verwendung der Steuergelder abgelegt wird. Seit Jahr und Tag ist daher die an und f6r sich so selbstverst6ndliche Forderung erhoben worden, da6 der Landesrat einmal verantwortlich bei der Aufstellung des Etats mitwirken d6rfe, und da6 durch die Vorlage des Isttetats der saarl6ndischen Bev6lkerung Vertretung allj6hrlich Rechenschaft 6ber die Verwendung der Steuergelder abgelegt w6rde. Bei dieser Forderung konnte man sich darauf berufen, da6 das bisherige Verfahren der Saarregierung durchaus mit den Bestimmungen des Saarstatuts in Widerspruch steht. Dort hei6t es n6mlich, da6 der Landesrat vor Erlass von Gesetzen jeweils ge-



hört werden muß. Nun ist aber der Etat zweifellos ein Gesetz, und zwar eins der wichtigsten Gesetze, das es in einem jeden Staatswesen geben kann. Also hatte auch die Regierungskommission die Verpflichtung, ihren Etat vor der Verabschiedung dem Landesrat zur Begutachtung zugehen zu lassen. Weiterhin ist es dabei eine Selbstverständlichkeit, daß dem Landesrat auch all das Material zugeleitet werden muß, dessen er zur kritischen Beurteilung des Etats bedarf, also vor allem der Istetat der verfloßenen Jahre.

Immer wieder sind diese Forderungen vom Landesrat erhoben, ohne daß es die Regierungskommission für nötig gehalten hätte, darauf zu reagieren. Man wird ohne weiteres daraus schließen können, daß es der Saarregierung nicht gerade angenehm sein konnte, wenn etwas Licht in die dunklen saarländischen Finanzverhältnisse hineinkam. Auch in diesem Jahre hatte es den Anschein, als wenn man nach den gleichen Grundfällen handeln wollte. Der Sollstat wurde erst auf mehrfaches Drängen hin dem Landesrat zugeleitet, aber erst in einem Zeitpunkt, als der Landesrat bereits in die Sommerferien gegangen war, so daß er bis heute, nachdem schon die Hälfte des Etatsjahres verfloßen ist, noch nicht die Möglichkeit hatte, dazu Stellung zu nehmen.

Von der Vorlage eines Iststats sah und hörte man wieder nichts, trotzdem in der letzten Landesratsitzung vom 8. Juli wiederum die Forderung nach der Vorlage des Iststats erhoben wurde. Dabei war der Iststat für 1925, wie man erst jetzt erfährt, von der Regierungskommission bereits in einer Sitzung vom 29. Juni 1927 zum Beschluß erhoben worden. Diesen Iststat für 1925 hat die Regierungskommission nunmehr dem Landesrat am 6. Oktober zugehen lassen. Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß die Vorlage auf Veranlassung des neuen Präsidenten erfolgt ist; man würde dies jedenfalls als ein besonders erfreuliches Zeichen begrüßen können. Auf jeden Fall bedeutet es einen großen Erfolg der politischen Parteien des Saargebietes, wenn sie es durch ihr ständiges Drängen erreicht haben, daß die Regierungskommission von ihrem bisher hartnäckig verteidigten Standpunkt abgegangen ist und in diesem Falle den Wünschen der Saarbevölkerung wenigstens teilweise Rechnung getragen hat. Man wird nur wünschen können, daß auf diesem Wege noch weitere Erfolge zu verzeichnen sein werden.

Es würde in diesem Zusammenhange zu weit führen, in eine kritische Würdigung der einzelnen Positionen dieses Iststats einzutreten. Man wird sich vielmehr aus Zweckmäßigkeitsgründen darauf beschränken müssen, die Gesamtzahl dieses Haushaltsplanes kritisch zu beleuchten. Notwendig erscheint es dabei, den Haushaltsplan für 1925 isoliert zu betrachten. Ein Vergleich mit den Zahlen des Voranschlags für 1926 und 1927 würde deshalb ein schiefes Bild geben, weil sich inzwischen die ganzen Verhältnisse nicht unwesentlich geändert haben. Wir brauchen ja nur daran zu erinnern, daß der Franken auch heute noch niedriger steht, als dies im Durchschnitt des Etatsjahres 1925 der Fall war, und daß heute das Preisniveau wie das gesamte Lohn- und Gehaltsniveau — natürlich lediglich nominal, nicht real gesehen — erheblich höher liegt, als das im Jahre 1925 der Fall war.

Es ist immer wieder die Behauptung aufgestellt worden, für die man bisher noch keine zahlenmäßige Unterlagen hatte, daß die Voranschläge der Regierungskommission keinesfalls mit den wirklichen Finanzverhältnissen auch nur annähernd übereinstimmen. Dies wird durch den nunmehr vorgelegten Etat für das Jahr 1925 voll auf bestätigt, selbst wenn man unterstellt, daß dieser Iststat tatsächlich ein wahrheitsgetreues Bild der Lage gäbe; und das wäre zum mindesten eine recht gewagte Hypothese.

Nach dem Voranschlag für 1925 sollte der Etat für dieses Jahr in Einnahme und Ausgabe mit 223 383 450 Franken abschließen. In dem jetzt vorgelegten Iststat bringt die Regierungskommission wiederum die Sollzahlen, die aber von denen des ursprünglichen Etats nicht unbeträchtlich abweichen, weil darin auch die im Laufe des Etatsjahres gewährten Nachtragskredite enthalten sind. In den Einnahmen tritt dadurch im Soll nur eine unwesentliche Verschiebung ein, während bei den Ausgaben durch diese Nachtragskredite insgesamt eine Erhöhung des Solls um etwa 82 Mill. Francs eintritt. Diese beträchtliche Erhöhung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß im Laufe des Etatsjahres eine Neuordnung der Beamteneinstellung nach den deutschen Grundfällen unter Einführung eines Um-

rechnungsfaktors erfolgt ist; dadurch sind der Regierungskommission nicht unbeträchtliche Mehrausgaben erwachsen.

Auf Grund der so revidierten Sollzahlen ergibt sich im Gesamtabschluss im Soll folgendes Bild:

Ausgaben . . . . .	264 449 353,32 fr
Einnahmen . . . . .	223 503 540,—
Fehlbetrag . . . . .	40 945 813,32
Dazu der Fehlbetrag der Verkehrsverwaltungen	42 051 350,—
Gesamtfehlbetrag . . . . .	82 997 163,32 fr

Wenn also die revidierten Sollzahlen einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprachen, mußte das Etatsjahr 1925 tatsächlich mit einem Defizit von nicht weniger als insgesamt 83 Mill. Franken abschließen. Zur Kennzeichnung der ganzen Art und Weise der Finanzgebarung der Regierungskommission sei beispielsweise erwähnt, daß das Defizit der Verkehrsverwaltungen im ursprünglichen Sollstat zunächst nur mit 18 Mill. Franken angegeben war; im Laufe des Etatsjahres wurde dann dieses Solldefizit durch gewährte Nachtragskredite kurzerhand auf 42 Mill. Franken erhöht, während sich später im Iststat „nur“ ein Defizit von 28 Mill. Franken ergab. Dieses Rechenkunststückchen kann schließlich keinen anderen Sinn haben, als daß man am Schlusse des Etatsjahres befriedigt feststellen kann, daß das Defizit der Verkehrsverwaltungen um nicht weniger als 14 Mill. Franken hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sei!

Also 83 Mill. Franken Fehlbetrag mußten sich nach dem Sollstat ergeben; wiewohl überraschend anderes Bild zeigt aber demgegenüber der nun vorgelegte Iststat, wie folgende Zahlen beweisen:

Einnahmen . . . . .	299 724 901,61 fr
Ausgaben . . . . .	251 137 262,12
Ueberschuß . . . . .	48 587 639,49 fr
abzüglich Fehlbetrag der Verkehrsverwaltungen	27 609 508,65
Ueberschuß . . . . .	20 978 130,84 fr

Das Gesamtergebnis ist also, daß sich statt eines Fehlbetrages von 40 bzw. 83 Mill., je nachdem, ob man die Verkehrsverwaltungen einrechnet oder nicht, ein nicht unbeträchtlicher Ueberschuß von 49 bzw. 21 Mill. Franken ergibt. Die Differenz zwischen dem Gesamtabschluss von Soll- und Isthaushalt beläuft sich damit auf den gewaltigen Betrag von 89 Mill. Franken bzw. bei Einrechnung der Verkehrsverwaltungen auf sogar 104 Mill. Franken! Bei dem Einnahmeetat hatte die Regierungskommission so viele stille Reserven eingestellt, daß es ihr nicht nur möglich war, einen beträchtlichen Mehrbedarf von 83 Mill. Franken ohne Erhöhung der Einnahmen spielend zu decken, sondern darüber hinaus noch im Gesamtergebnis einen Ueberschuß von etwa 21 Mill. Franken zu erzielen! Deutlicher kann wahrlich nicht bewiesen werden, daß der ganze Voranschlag, wie ihn die Regierungskommission vorlegt, nichts anders ist als ein Phantasieprodukt oder nur ein Spiel mit Zahlen.

Der Ausgabeetat wird damit um 13 Mill. Franken gleich etwa 5 Prozent untergeschritten, wenn man die Verkehrsverwaltungen nicht mit einrechnet. Dies ist auf das Bemühen zurückzuführen, bei den einzelnen Positionen des Etats, soweit sie nicht wie die Beamtengehälter festgelegt sind, hinter dem Voranschlag zurückzubleiben. Wenn man daraufhin den Etat kritisch durchprüft, so sieht man, daß der Istbetrag hinter dem Voranschlag jeweils um einen bestimmten sich fast gleichbleibenden Prozentsatz zurückbleibt. Es drängt sich einem dabei unwillkürlich die Annahme auf, als wenn man auch den Istetat unter strenger Anlehnung an den Sollstat zurechtfriert habe, daß also auch hier die einzelnen Zahlen tatsächlich nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen, daß also die Regierungskommission ihr Zahlenpiel in anderer Form fortführt.

Der Einnahmeetat hingegen wird um nicht weniger als 76 Mill. Franken gleich etwa 35 Prozent überschritten; die starken, stillen Reserven in den Einnahmepositionen kommen hier deutlich zum Ausdruck. Es seien nur die wesentlichsten Etatsüberschreitungen kurz gekennzeichnet: An direkten Steuern sind 10 Millionen mehr eingegangen, als im Voranschlag vorgeesehen waren; an



Zölle sind statt der veranschlagten 17 Mill. nicht weniger als 35 Mill. eingegangen. Weiter hat das Deutsche Reich für die Zwecke der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge 20 Mill. Fr. mehr geleistet, als vorgesehen war. Recht eigenartig berührt demgegenüber eine Position unter dem Titel der „Allgemeinen Kassenverwaltung“; hier werden 18 Mill. als Ueberschüsse vergangener Jahre verbucht, während an der gleichen Stelle im Voranschlag nur 3 Mill. Fr. verbucht waren. Logischerweise müßten aber diese beiden Beträge miteinander übereinstimmen. Es herrscht hier eine bemerkenswerte Unstimmigkeit, die nur das Eine beweist, daß der Istetat keinesfalls in Ordnung sein kann; man hat anscheinend den Versuch gemacht, einen Betrag einzuschummeln, den man an anderer Stelle nicht unterzubringen wußte. So kommt es denn, daß einschließlich der Zinsen unter dieser Position nicht weniger als 27 Mill. erscheinen gegenüber 3 Mill. im Voranschlag. Wenn an Zinseinnahmen im Jahre 1925 nicht weniger als 9 Mill. Franken zu verzeichnen waren, so beweist auch dies wieder, daß die Finanzlage der Regierungskommission keinesfalls so ungünstig sein kann, wie sie es immer hinzustellen beliebt. Wenn man nämlich berücksichtigt, daß die Regierungskommission ihre laufenden Kassenbestände an besonders bevorzugte Kreise zu besonders niedrigen Zinssätzen ausleiht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich die Kassenbestände der Regierungskommission im Durchschnitt auf etwa 200 Mill. Franken belaufen haben, ein für das kleine Saargebiet außerordentlich hoher Betrag. Man wird daraus auch für den Augenblick die Folgerung ziehen können, daß die Saarregierung sehr wohl in der Lage ist, einmal den Beamten die Gehälter im gleichen Ausmaß wie im Reich zu erhöhen, und auf der anderen Seite gleichzeitig noch eine Senkung der Steuern eintreten zu lassen. Dies wird auf jeden Fall ohne Schwierigkeiten möglich sein, wenn man endlich die Grubenverwaltung in einer gerecht erscheinenden Weise zu den Steuerleistungen des Saargebietes heranzieht.

Aus den wenigen oben angeführten Beispielen wird man jedenfalls den Schluß ziehen können, daß die Zahlen, die die Regierungskommission in ihren Istetat dem Landesrat nunmehr vorgelegt hat, keinesfalls mit den wirklichen Zahlen übereinstimmen werden. Eine Aenderung in den augenblicklichen unhaltbaren Zuständen wird nur dann eintreten können, wenn die Saarregierung auch die weitere Forderung der Saarbevölkerung erfüllt, daß der Landesrat zur verantwortlichen Mitarbeit an der Aufstellung des Etats und zur Kontrolle der tatsächlichen Finanzgebarung entsprechend herangezogen wird.

Was der vorgelegte Istetat auf jeden Fall wieder beweist, ist die außerordentliche Höhe der steuerlichen Belastung des Saargebietes. Man bedenke, daß an der Saar, trotzdem alle verbenden Ausgaben, die in anderen Ländern auf Anleihe genommen werden, aus laufenden Mitteln bestritten werden, sich im Istetat noch ein nicht unbeträchtlicher Ueberschuß ergibt, trotzdem die Grubenverwaltung 1925 nur den lächerlich niedrigen Betrag von 16,8 Mill. Franken an Steuern zu zahlen hatte.

Was man daher von der Regierungskommission für die Zukunft verlangen müssen, ist, daß sie neben einer stärkeren Belastung der Grubenverwaltung auch dafür Sorge trägt, daß diese Ueberschußwirtschaft ein Ende findet. Denn in den weitesten Kreisen der Saarbevölkerung kann man in eine Zeit, in der die Steuerlast unerträglich ist, kein Verständnis für eine derartige Thesaurierungspolitik aufbringen. Ferner wird man von der Regierungskommission erwarten müssen, daß sie künftig ihren Solletat so sorgfältig aufstellt, daß sich künftig im Istetat nicht mehr so gewaltige, oft unerklärliche Abweichungen ergeben, was naturgemäß nicht heißen soll, daß man den Istetat nach dem Solletat zurechtfriert. Denn die Saarbevölkerung als Kulturvolk hat ein Anrecht darauf, daß ihr auch jeweils klar und deutlich über die Verwendung der von ihr aufzubringenden Steuergelder Rechenschaft abgelegt wird.

## Das Saargebiet im Genfer Zeichen.

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich die „Saar-Zeitung“ in Saarlouis mit den Saarbesprechungen, die gelegentlich der letzten Völkerbundstagung in Genf zwischen Vertretern des Saargebietes und der einzelnen Völkerbundsdelegierten stattgefunden haben. Wenn sich die letzte Völkerbundstagung auch mit Saarfragen offiziell nicht befaßt hat, so bildet im Hintergrund, sagt das Blatt, die in so einzigartiger Weise der zeitweiligen Souveränität des Völkerbunds unterstellte Saarverwaltung natürlich stets einen Hauptgegenstand des Genfer Areopags. Nach alter Sitte zogen auch wieder die Abordnungen des Saargebietes zur Schweizer Freistadt, um sich als Beschwerdeführer, Mahner und Förderer im Gedächtnisse der Maßgebenden zu erhalten und das Gelände für die nächste Sitzung abzutasten. Denn im kommenden Frühjahr stehen ja wieder wichtigste Saarprobleme auf der Genfer Tagesordnung. Vor allem läuft alsdann das Gnadenjahr für den tatsächlich längst zur Abjagung reifen und von seiner eigenen Regierung desavouierten belgischen Regierungskommissar Lambert ab, der allein — neben dem inzwischen „nach Gebühr“ avancierten französischen Regierungsmitgliede — noch als geborstene Säule aus der „Herrlichkeit“ der Okkupationsanfänge das Saargebiet mit seiner, als Beherrscher des Verkehrswezens, höchst unerwünschten Anwesenheit „ziert“. Nur auf Frankreichs Fürsprache wurde diesem allseits unbeliebten „Saarminister“ das Mandat, ausdrücklich ein letztes Mal, erneuert. Der saardeutsche Wunsch geht natürlich dahin, diesen Ueberfranzosen durch ein neutrales Regierungsmitglied zu ersetzen, andererseits darf schon vorausgesetzt werden, daß Frankreich diesen Posten wiederum mit einem Staatsangehörigen der Entente besetzt wissen möchte. Allenneuestens dürfte auch dem belgischen Verzichtswillen durch die Nichtwiedewahl Belgiens auf den unständigen Ratsfisch Abbruch getan worden sein, weil die belgischen Nationalisten natürlich nun erst recht das völlige Ausscheiden Belgiens aus einer solchen völkerbündigen Kontrollinstanz über Deutschland perhorreszieren. Kein Unparteiischer wird behaupten wollen, daß der neue englische Saarpräsident, Sir Ernest Wilton, sich vorteilhaft in sein Amt eingeführt hätte. Gerade die Serie der mit seinem Amtsantritt verknüpften Zwischenfälle erweckt jedoch den Eindruck, als ob dem englischen Diplomaten auf dem schlüpfrigen Saarparkett gebliffen sei von seinen französischen beamteten Beratern ein Rein gestellt worden sei, um im nachträglichen Abstand das Urteil über die französische Präsidentschaftsperiode in

der öffentlichen Saarmeinung zu revidieren. Die letztlich mit seiner Verantwortlichkeit gedachte Grußpflicht der saarländischen Polizei gegen die „Bahnichuh“-Offiziere, die Schwierigkeiten für das Kreiskriegerverbandsfest, verweigerte Empfänge, Verbot öffentlicher Feiern vaterländischer Gedenktage (6. August und 2. September) sowie von Regimentswiedersehensfeiern mochte man in diesem mehr „harmlosen“ Sinne auslegen, seine persönliche Teilnahme bei der französischen Garnisonparade am Quatorze Juillet — sachlich sicherlich eine unneutrale Handlung — als puren Repräsentationsakt auffassen und vom fortgesetzten Einleben in die Pöschche der ihm „anvertrauten“ Saarbevölkerung die Vermeidung weiterer Anstöße erhoffen. Angesichts der mit seiner Unterschrift gedachten Antwortverweigerung an die Deutsch-Saarländische Volkspartei, die etwas derb sich über die Berechtigung des Kriegsspiels der Bahnichuhler und nach der sensationellen Ernennung eines aktiven französischen Leutnants (!) zum saarländischen Oberregierungsrat erkundigte, dürfte diese Captatio benevolentiae sich leider schwer unbegrenzt aufrechterhalten lassen. Zumal darüber gestritten werden kann, ob eine scheinbar entgegengesetzte Neuerung Wiltons, in „Pressekonferenzen“ jedem saarländischen Journalisten über Regierungsmassnahmen Rede und Antwort zu stehen, als angelsächsische Weltoffenheit zu begrüßen oder aber als veruchte Brüstung des in seiner Zuständigkeit vielfach übergangenen Landesrates zu interpretieren ist. Jedenfalls beleuchtet es die Saarverhältnisse, daß deutscherseits hier immer, nach berückichtigten Mustern, der Verdacht des „Teile und Herrsche!“ und die „Furcht vor den Danaern, auch wenn sie Geschenke bringen“ obwaltet...

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war im Saargebiet, und zwar von allen Parteien, einhellig begrüßt worden, weil man nunmehr des heulenden Antichambrierens vor fremden Diplomaten überhoben zu sein und in Deutschland als Mitglied des Völkerbunds den angestammten legitimen Anwalt zu bekommen hoffte. Die Bilanz des nunmehr abgelassenen Völkerbundsjahres bedeutet für das Saargebiet indes eine allseitig betonte Enttäuschung, und niemand wird behaupten wollen, daß an anderen Gefährpunkten, in Danzig, Memel und Rheinland deutsche Räte mehr gelindert worden seien, während die Zumutung eines Ostlocarnos drohender als vor Jahresfrist ihr Haupt erhebt. Allseitig dagegen wird im Saargebiet anerkannt, daß das alte Vaterland, dem kein Verärgerter gelegentliche Minister-Rücksichtslosigkeiten des persönlich-amtlichen Ver-



lehrs „in die Schube schieben“ wird, bis über das Maß des ihm derzeit Möglichen hinaus den wirtschaftlichen Bedürfnissen der zwangsweise zeitweilig abgetrennten Saarstadt (so noch jüngst in der Kohlen-Transportfrage und hoffentlich möglichst restlos auch in der vertrieften Gleichstellungsfrage der Beamtenbesoldung) entgegenkommt.

Die Saarbevölkerung weiß für alle diese, gerade in den jüngsten Tagen auch durch zahlreiche Reichstagsreise und

sonstige kulturelle und künstlerische Veranstaltungen nachdrücklich im Saargebiet betonte unüßliche Zusammengehörigkeit herzlichen Dank, und sie trägt ihn ab durch tausendfältige Treue, wie in schwerer Vergangenheit, so in heller leuchtender Zukunft, bis endlich „der Tag“ anbricht, der durch teurerer Wirtelszüge der Fremden vermeidbare Tag der Wiedervereinigung.

## Die Erdrosselung des Saarbergbaues.

Die von uns mehrfach behandelte Frage der rechtswidrigen Unterfahrung der Reichsgrenze im Warndt behandelt in Nummer 229 der „Saarbrücker Volksstimme“ Steiger Halbsell, der kürzlich in einer Versammlung der Fachgruppe Bergbau des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Gau Saarland, bereits diese Frage eingehend beleuchtet hat. Steiger Halbsell stellt fest, daß die deutsche Grenze an mehreren Stellen durchlöchert wurde und daß beachtliche Fördermengen aus deutschen Lagerstätten in Frankreich aus Licht gehoben worden sind. Der Verlust einiger tausend Tonnen Kohlen täglich wäre nun an und für sich für Deutschland nicht gefährlich, wenn eben nicht besondere kohlenspezifische und politische Ziele mit dem Vorgehen der französischen Regierung verbunden wären.

Zunächst einmal verliert das Saargebiet entsprechende Summen an Steuern dadurch, daß die unter seinem Gebiet gewonnenen Kohlen in Frankreich zutage gehoben werden.

An Hand einer Uebersichtskarte über die Flözzüge an der lothringischen Grenze, wie sie von uns in Nummer 3 der „Saarheimatbilder“ vom 15. September d. J. bereits veröffentlicht wurde, stellt Halbsell fest, daß das Saarkohlengebiet in seinem südlichen Teil, der bei Karlsbrunn das Saargebiet verläßt, ein äußerst gutes Gesteinskommen hat, Flözmächtigkeiten von 5–20 Meter sind hier nicht selten. Auf lothringischem Gebiete geht in der Gegend von Merlenbach, Freimengen, Spittel schon seit vielen Jahren ein ausgedehnter Bergbau um, der von der Gesellschaft „Saar und Mosel“, die früher im Besitze von Stinnes und Thyssen war, betrieben wurde. Nordwestlich von Forbach sind auf lothringischem Boden in der Gegend von Kleinrosseln die Gruben der Firma de Wendel und nördlich von Kreuzwald ist die Grube La Houve. In der Nachkriegszeit haben die lothringischen Gruben ihre Förderung außerordentlich steigern können, nämlich auf 5.324 Mill. Tonnen im Jahre 1926 gegen 3.796 Mill. Tonnen im Jahre 1913. Die aufsteigende Linie ist auch heute noch nicht unterbrochen, was einerseits auf die infolge der günstigen geologischen Verhältnisse geringen Selbstkosten, andererseits aber an der Unmöglichkeit liegt, daß der ziemlich ruinierte, technisch rückständige Saarbergbau mit diesen Gruben konkurrieren kann. Den Löwenanteil an dieser Förderung liefert „Saar und Mosel“, die in ihrem Grubenfeld von 15.869 Hektar noch sehr große Reserven hat. Auch im Grubenfeld de Wendel, das die beachtliche Abmessung von 5.147 Hektar hat, stehen noch sehr große Reserven an. „Saar und Mosel“ hatte 1926 einen Reingewinn von 20.345.540 Fr. bei einer Förderung von 2.226 Mill. Tonnen. Das ist je Tonne Abzug ein Reingewinn von über 10 Fr. oder etwa 1,70 M. Wohl wenige Steinkohlenbergwerke dürften 1926 einen solch außerordentlich hohen Gewinn auszuweisen haben. Es ist aus diesen Gründen bergmännisch und wirtschaftlich unverständlich, daß „Saar und Mosel“ sich über die Saargrenze hinaus ausdehnt und von der französischen Regierung auf lothringischem Boden im Anschluß an ihr großes Lothringer Grubenfeld ein Nachfeld erwerben hat, daß, wie aus der erwähnten Karte ersichtlich, von dem Orte Naßweiler, südlich von St. Nicolas und Karlsbrunn, bis in die Gegend von Spittel verläßt. In einer Länge von etwa 15 Kilometer ist hier das Saargebiet schon von unter Jahren und 1200 Tonnen Kohlen werden täglich dem Saargebiet entzogen. Um diese und für die Zukunft noch größere Mengen fördern zu können, hat man unmittelbar an der Grenze in den letzten Jahren eine Reihe neuer Schächte angelegt, von denen in erster Linie der Schacht Neumann, dessen Einriedigung unmittelbar auf der Grenze steht, zu nennen ist. Man hebt hier die Kohlen nicht zutage, sondern nur bis zu einer Stollensohle, von wo man sie nach dem weiter in Lothringen gelegenen Schacht 4–5 transportiert.

De Wendel kocht von seinen Gruben in Kleinrosseln nach Südwesten und Norden vor, um so das Gesteinskommen vom nördlichen Flügel her aufschließen zu können. Die Nachrücken über die Verpachtung einer der besten Gruben des Saargebietes, der unmittelbar an das de Wendelsche Grubenfeld anschließende Grube Bellen, wollen nicht verkommen. Trüß diese ein, so sind die besten Kohlenreserven des Saargebietes ausländischen Gesellschaften ausgeliefert. Diese Gesellschaften fördern, wie schon gesagt, die Kohlen auf lothringischem

Boden zutage. Die Förderung aus diesen, mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Gruben steigt von Tag zu Tag, während die Förderung der alten Saargruben zurückgeht. Geht Anlage und Ausbau neuer Gruben auf lothringischem Gebiete einerseits und Raubbau und technische Rückständigkeit der Saargruben andererseits noch einige Jahre weiter, so ist der Saarbergbau rettungslos verloren. Die alten rückständigen Gruben des Saargebietes können gegen die modernen Lothringens nicht mehr konkurrieren. Sie werden vom lothringischen Bergbau erdrückt. Auch mit größerem Kapitalaufwand wird man in einigen Jahren diesen Zustand wenig mehr ändern können.

Es handelt sich hier aber nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um hochpolitische Fragen. Betreiben die französischen Bergwerksgesellschaften auch ihren Abbau in den saarländischen Nachfeldern des Gewinnes wegen, so hat man doch die Verpachtung aus politischen Gründen vorgenommen. In Verbindung mit den neuen Anlagen werden nämlich auf französischem Boden große Kolonien aus dem Boden gestampft. Ganze Städte entstehen hier fast über Nacht. Geschüttelt ist man, wenn man an Ort und Stelle steht, mit welch ungeheuren Mitteln hier gearbeitet wird. So sind die Dörfer Merlenbach und Freimengen im Zeitraum von kaum zwei Jahren zu Städten angewachsen, in denen man fast kein altes Haus mehr sieht. Große moderne Arbeiterwohnungen breiten sich unmittelbar an der Grenze aus. Die Firma de Wendel hat, um ihre Pläne verwirklichen zu können, an der Stelle, wo der Saarbrücker Friedhof die Grenze des Saargebietes gegen Lothringen bildet, ebenfalls eine neue große Kolonie in unmittelbarer Nachbarschaft des Friedhofes errichtet. Beschäftigt werden auf den Werken neben Saarländern in erster Linie Unterthanen der Kleinen Entente.

Man rechnet in Frankreich scheinbar damit, daß bei der Rückgabe des Saargebietes an Deutschland die jetzigen Nachfeldern als Grundlage der Lebensmöglichkeit dieser großen neuen Gemeinden für diese erhalten werden müssen und daß sich hieraus die Notwendigkeit der Abtrennung des Warndts von Deutschland ergibt.

So scheint es, als wenn nicht nur langsam eine Erdrosselung des Saarbergbaues vor sich geht, sondern als wenn die Abtrennung eines Teiles des Saargebietes sehr geschickt vorbereitet wird. Die Bevölkerung des Warndts ist lehrdank, so daß diese das größte Interesse daran hat, deutsch zu bleiben.

Steiger Halbsell schließt:

Ob und was die Reichsregierung gegen das Vorgehen französischer Kreise unternehmen will, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Was hat sie getan, um die Nachfrage zu klären? Man sollte annehmen, daß die deutschnationalistische Regierung, die ja aktive Außenpolitik betreiben wollte, und deren Außenminister Stresemann nicht nur in Genf, sondern auch an anderen Orten mit Franzosen redet, auch einmal die Möglichkeit findet, für die Saar etwas zu tun. Bis heute scheint das französische Amt sich für diese Frage nicht zu interessieren.

Mit der gleichen Frage befaßte sich auch in der allgemeinen Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage an der Saar der Saarlandestag.

Mit besonderem Nachdruck wandte sich der Sprecher des Zentrums, der Abgeordnete Kieffer, auch im Namen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei dagegen, daß dem Versailler Vertrag die Auslegung gegeben wird, als ob Frankreich das Recht habe, auch vom lothringischen Gebiet aus Saarkohle abzutragen. Bisher wurden auf diese Weise dem Saargebiet jährlich etwa 1 Millionen Tonnen geraubt. Das französische Vorgehen habe überdies zur Folge, daß zahlreiche Saarbergleute auf lothringischem Gebiet einfahren müssen, obwohl sie Saarkohle abbauen, und infolgedessen wirtschaftlich und sozialpolitisch heute bereits in französischer Abhängigkeit geraten, die Frankreich offensichtlich



bei der bezirksweisen Abstimmung nach oberschlesischem Vorgehen durch eventuelle Brotlosmachung dieser Saarbergleute auszuüben beabsichtigt. Dieser stellte daher an die Regierungskommission die Frage, was sie zu tun gedenke, um die lebenswichtigen Interessen des ihr zu trennen Händen anvertrauten Saargebietes zu schützen, und ob die umlaufenden Gerüchte über eine weitere Überantwortung von Saargruben an die Firma de Wendel wahr seien.

Der Landesrat protestierte erneut gegen den von der Regierungskommission stillschweigend geduldeten Kohlendiebstahl, der von Lothringen aus unter Durchbrechung der Saargrenze an den wertvollsten Gruben im Warndt-Revier verübt wird. Weiter wurde die Regierungskommission nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich für eine Verbesserung der Löhne und Gehälter sowohl in den staatlichen wie in den privaten Betrieben einzusetzen.

## Der Hindenburgtag an der Saar.

Wie im ganzen Reiche, so feierte auch das Saargebiet in seltener Einigkeit aller Bevölkerungsschichten den 80. Geburtstag des deutschen Reichspräsidenten durch schlichte Veranstaltungen und durch Hindenburgturnspiele. Fast alle Ortschaften des Saargebietes, bis in die Stadtteile der ärmeren, der Arbeiterbevölkerung hinein, prangten im reichsten Fahnen Schmuck. Besonders feierlich war der Fahnenzug an Hindenburg in Saarbrücken. Wohl selten haben dort die Fahnen so reichlich und eintönig nebeneinander geweht, wie am 2. Oktober. Am den Eindruck der Festbesetzung besonders eindrucksvoll zu gestalten, erfolgte das Aufziehen der Fahnen gleichsam mit dem ersten Glöckenschlag des um 6 Uhr des Vorabends einsetzenden Festgäuses.

In brausenden Akkorden hallte der Klang der Glöden zum Himmel, von Dörschen im Warndt bis zu den Thöleger Höhen, von der unteren Saar bis weit in die Gänge der Pfalz! Und allenthalben fanden sich Deutsche zu festlichem Tun zusammen, im Gedenken an den verehrungswürdigen Mann, den greisen, pflichttreuen Führer, den bewundernswerten und geliebten wahren Vater des Vaterlandes.

Das Herz all dieser Feiern war Saarbrücken. Wie ein heißes Gebet der gesamten Westmark für den Mahner der Nation zitterten in der Frühe des Morgens die feierlichen Weisen eines Chorals vom St. Johanner Rathausurm: „Das ist der Tag des Herrn.“ Und während sich Tausende auf dem Burbacher Markt und dem St. Johanner Rathausplatz versammelt hatten, um sich der Weisheit hinzugeben, die Massenhörde des Saarfängerbundes durch Viedervorträge schufen, fanden sich im Saalbau Hunderte geladener Gäste aus dem ganzen Saargebiet zu einem schlichten Festakt zusammen, um des greisen deutschen Reichspräsidenten an seinem Ehrentage zu gedenken. An dieser Feier nahm auch das saarländische Mitglied der Regierungskommission Rosmann sowie eine ganze Reihe offizieller Persönlichkeiten der Stadt- und Landesverwaltung teil. Nach einem Orgelspiel und einigen Chören hielt Stadtschulrat Bongard die Festansprache. Er führte darin u. a. aus:

Unsere Stadt und das ganze Saarland bezeugen im Klang der Glöden und im Schmuck der Flaggen, daß wir uns eins wissen mit unsern deutschen Brüdern im Dank gegen die Vorsehung für diesen Mann, der uns alle ohne Ausnahme — wenn wir nur politisch klug und sachlichen Willens wären — verbinden könnte und verbinden sollte in der Verehrung nicht für die Würde seines Amtes allein, sondern ebenso sehr in Verehrung für die Würde seiner Jahre und seines schlichten, edlen pflichterfüllten Menschentums. Diese Würde gestattet Hindenburg, auch in der heutigen parteibeherrschten Zeit über den Parteien zu stehen und nimmt uns damit das Recht, sein Amt und seine Person in das Parteigetriebe herabzuziehen.

Politische Unreife glaubt vielfach, daß Staatsbürgergedanken im rücksichtslosen Sichdurchsetzen, im Herrschen zu erfüllen. Hindenburg erfaßt ihn im Dienen; ihm ist er höchste und schönste sittliche Pflicht, ihm ist er Opfer. In selbstverständlicher Pflichterfüllung steht er deshalb noch im hohen Alter unter Aufgabe der verdienten Ruhe sein ganzes Selbst ein, als das Vaterland in Not ruft. Der betäubende Wirbel der Ereignisse des Weltkrieges reißt ihn plötzlich in die Geschichte; die mit seinen Tapfern heiß erstrittene Befreiung Ostpreußens macht ihn zum ruhmgelohnten Feldmarschall. — Größer aber zeigt er sich in und nach dem Zusammenbruch, als aus dem treuen Königsdiener der ebenso treue Diener seines Volkes wird, als er sich zur Rettung des Reiches mit Friedrich Ebert verbindet, der, als alles versagt, Nerven und Kopf behält. Auch damals, als der imponierende Alte, erschüttert bis in seines Wesens Grund, auf der schwankenden Grenzlinie zweier Zeiten steht, verliert er nicht sich selbst und den Glauben an sein Volk. Er ringt sich zu der weisesten Erkenntnis durch, daß über der Staatsform der Staat, das Volk stehe, daß das republikanische Deutschland ebenso gut unser Vaterland mit allen ethischen Werten ist und bleibt, wie das monarchische es war, daß ein Volk wie ein Mensch in einen neuen Lebensabschnitt nicht elzuehen kann ohne ein neues Ideal; und in dieser Erkenntnis tritt er in schroffem Gegensatz zu den allzu vielen ewig Gestrigen selbst.

Der neue Boden, den Blick vorwärts gerichtet in die Zukunft. So hilft er seinem Volke in der schwersten Stunde, mit der ganzen Macht seines Ansehens, sich selbst wiederzufinden und bewahrt es mit Friedrich Ebert zusammen vor Bürgerkrieg und Auflösung, ein geschichtliches Beispiel für die Wahrheit des Goethewortes: „Niemand darf ein Mensch wie ein Volk wähnen, das Erde sei gekommen. Güterverlust läßt sich ertragen, über andern Verlust tröstet die Zeit; nur ein Uebel ist unheilbar, wenn ein Volk sich selbst aufgibt.“

Und noch einmal ruft den Achtundsechzigjährigen das Schicksal. Als Ebert sich im Dienst für Deutschland geopfert hat, übernimmt Hindenburg, der Eberts Regierung in der Revolution das Heer zuführte, das Erbe seinem Eide getreu als treuer Sachwalter.

Friedrich Ebert und Paul Hindenburg wuchsen aus dem Blute zweier sehr verschieden gearteter deutscher Stämme, aus zwei grundverschiedenen Landschaften, aus ganz verschiedenen Gesellschaftsschichten, aus ganz verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen heraus, und doch — und das sollten wir Deutsche uns täglich vor Augen halten — finden sie sich in der großen Synthese der rastlos tätigen Liebe für Volk und Land, im selbstlosen Dienen, im Verleugern des Ich. Keinem von beiden ist das Präsidentenamt eitle Dekoration, keiner raffelt mit großen Worten, keiner verwechselt Kraft und bloße Gewalt; beide suchen einfach und fest, von echtem Staatsbürgergeist befeuert, den Ausgleich und die Zusammenfassung, beide werden dafür von subalternen Geistern verkannt, verlästert, bekämpft, beide bleiben trotzdem in Entfugung und Opferkraft tren bei ihrem Wert.

Nicht das selbstische Ich, nicht die Standesorganisation, nicht die Partei, nicht die Konfession: das Vaterland allein hat der geistige und sittliche Oberbegriff zu sein, unter dem wir Deutsche uns, auf den verschiedensten Wegen zu ihm kommend, endlich zusammenfinden in gegenseitiger Duldung und Achtung.

Wieviel Aufbauarbeit mehr wäre in unserem Volke schon geleistet, wenn die vielen kleinen Geister in allen Lagern, die heute als unfruchtbare Verneiner und Kräftezerreißer unter uns ihr kümmerliches Dasein fristen, dieses Geistes einen Hauch verspürten, wenn sie, anstatt in einer Zeit, die nach Zukunft geradezu schreit, ihr Pfündlein Übermut und Gift an die kleinen Nebenbuhler und Lüsterlichkeiten des Tages zu verspritzen, endlich den Blick auf das Wesentliche richten wollten, wenn sie, anstatt das arme Volk immer wieder in die beengenden Nebel der Zerpfitterung irrezuführen, endlich ehrlich eingestehen wollten, daß es schon im hellen, befreitenden Sonnenaufgang stünde, wenn sie nur nicht wären. — Wollen wir auch nach dem Geschehen der letzten zwei Jahrzehnte noch immer nicht die eiserne Logik der Weltgeschichte erkennen und endlich aufhören, in blinder Vermessenheit wieder und wieder gegen sie zu kündigen? Wollen wir nicht endlich die eigene Schuld von unserm Unglück abziehen und den Rest geduldig und hilfsbereit als Sühne eines Volkes tragen?

Nachdem der Redner noch auf die im Saargebiet durchgeführten Sammlungen für die Hindenburgspende verwiesen hatte, schloß er mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den Reichspräsidenten von Hindenburg, „in dem wir das Symbol unserer staatlichen Verbundenheit verehren“. Nach gemeinsam gesungenem Deutschlandlied und den packend vorzutragenden Chören „Hoffet noch, daß Deutschland gesunde“ und „Freiheit“ erfaßte die Festversammlung eine vaterländische Begeisterung, die sich durch spontane Beifallstundgebungen äußerte.

Im Stadttheater fand eine besondere künstlerische Morgenfeier statt, die durch Richard Wagners Meisterfinger-Vorspiel einen feierlichen Auftakt fand. Ein von Adolf Franke verfaßter und von Georg Hedding gesprochener Festprolog brachte ein klares Bekenntnis von Hindenburgs Wesen und Persönlichkeit als Mensch und Führer zum Ausdruck. Auch der übrige Teil der Veranstaltung war ganz auf den vaterländischen Ton des Tages abgestimmt.

Die Saarbrücker Turn- und Sportvereine begingen den Hindenburgtag ganz im Sinne des 80jährigen, näm-



lich durch Hindenburgspiele, in welchen sich die Jugend an der Saar Kraft und Gesundheit stählte. Turner und Turnerinnen, Leichtathleten, Ringer, Boxer und Stimmer, Radfahrer und Handballspieler, alle einmütig verbunden, tummelten sich auf den Spielfeldern, setzten die wettergebräunten Körper, setzten Kraft, Können und Mut ein im Kampf um den Sieg. Tausende festlich froher Menschen umsäumten die weiten Flächen ermunterten die Kämpfer, lebten mit und spendeten Beifall für gute Leistungen. Der Höhepunkt der Veranstaltung wurde mit der Festansprache des Vorsitzenden des Hauptausschusses für die Hindenburgfeier, Gautumwart Burt, erreicht. Er führte aus: Wenn heute das deutsche Volk den Geburtstag seines verehrten Reichspräsidenten feiert, dann ist es selbstverständlich, daß auch die Bevölkerung des Saargebietes an dieser Feier innigsten Anteil nimmt. Ist sie doch untrennbar verbunden mit den deutschen Schwestern und Brüdern. Auch sie jubelt dem greisen Präsidenten zu! Nicht zu rauschender Feier, sondern schlicht, nach dem Willen Hindenburgs selbst, haben sich Turner und Sportler auf dem Spielfeld zusammengefunden, um die Hindenburgspiele durchzuführen, um dadurch dem Reichspräsidenten ihre Ehrung auszudrücken. Hindenburg hat seit seinem Amtsantritt der deutschen Turn- und Sportbewegung immer wieder seine Aufmerksamkeit und sein Wohlwollen gezeigt. Wir ehren in Hindenburg nicht allein den großen Feldherrn, sondern auch den Kämpfer und Mahner zur deutschen Einigkeit, und wenn heute im Saargebiet die Flaggen von den Häusern in Eintracht nebeneinander wehen, so sei uns dies ein Zeichen, daß man auch bei gegensätzlicher Anschauung zusammenwirken kann. Dem hochverehrten Reichspräsidenten aber wünschen wir, daß er uns noch lange als Lenker der Geschicke des Reiches erhalten bleibe und daß unter seiner weisen Regierung auch das Saarland wieder zum Reich zurückkehre.

Brausend stimmte die vieltausendköpfige Menge in den Hochruf auf den Reichspräsidenten ein. Die Häupter entblöhten sich, machtvoll erklang das Deutschlandlied, rauschend zurückgeworfen von den Hängen.

Aus der großen Zahl von Hindenburgfeiern im Saargebiet heben wir noch die von Saarlouis hervor, die im großen Saale des Saalhauses stattfand. Nach einem vom Gymnasialorchester der Stadt vorgetragenen Marsch und einem vaterländischen Chor des Gesangsvereins von Saarlouis hielt Landratsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Levaucher die Festrede, in der er unter anderm folgendes ausführte:

„Wenn Kreis und Stadt Saarlouis heute begeistert den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten feiern, so grüßen sie keinen Fremden. Sie erinnern sich mit stolzer Freude, daß Hindenburg seinen 50. Geburtstag, der doch auch einen wichtigen Gedenktag im Leben des Einzelnen darstellt, im Kreise Saarlouis, und zwar in Lebach, gefeiert hat. Stark sind auch die Bande der Erinnerung, die Hindenburg an unsern Kreis und unsere Stadt fesseln. Ich darf ihnen darüber aus einem persönlichen Erlebnis berichten. Es war kurz vor der Jahrtausendfeier. Wir waren in Berlin und hatten wichtige Besprechungen zu Ende geführt. Dabei kam mir der Gedanke, daß wir uns einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hatten, denn das Saargebiet hatte dem Reichspräsidenten noch nicht zu seiner Wahl die Glückwünsche ausgesprochen. Sofort entschlossen wir uns, das nachzuholen, und ich darf ihnen versichern, hinter diesem Wunsch stand bei uns in der Seele eines jeden einzelnen der noch viel größere Wunsch, dem größten deutschen Manne unserer Zeit Aug in Aug gegenüberzutreten und seine Hand drücken zu dürfen. Obwohl wir erst morgens gegen 10 Uhr anfragten, kam uns sofort die freundliche Antwort, der Herr Reichspräsident müsse zwar um 1 Uhr nach Hannover fahren, sei auch bis 12 Uhr beschäftigt, da wir aber so weit hergekommen seien, sei er bereit, uns um 12 Uhr zu empfangen. Schlicht und treu, jeder Ruhmredigkeit fern, klaren Erkennens, starken Willens, unbeugsam auch im Unglück, das sind etwa die Eigenschaften, die sich in seinen Zügen und in seiner Körperhaltung ausdrücken. Es ist ganz und gar nichts gemachtes an ihm. Man hat sofort das sichere Vertrauen, daß der Mann alles für das Vaterland leistet, was er kann. Da wir wußten, daß seine Zeit sehr beschränkt war, sprachen wir ihm nur die Glückwünsche des Saargebietes aus und baten dann, uns entfernen zu dürfen. Aber da tönte seine tiefe mächtige Stimme: „Nein, so billig kommen Sie bei mir nicht weg, meine Herren. Nehmen Sie erst bitte mal fest Platz und dann wollen wir uns von der Saar erzählen.“ Da war es für uns überraschend, wie getreu sein Gedächtnis eine Unmenge Einzelheiten aus dem Saargebiet festgehalten hatte. Er beschrieb das alte Garnisonlazarett und erzählte, er habe Mitte der Neunziger Jahre fünf- undsechzig typhuskranken Soldaten des Infanterie-Regiments 70 aus Saarbrücken in das Garnison-Lazarett Saarlouis überführen lassen, da sie dort besser gepflegt werden konnten, und es sei auch kein einziger von ihnen gestorben. Er schilderte die alten Kasernen und fragte uns, ob in den neuen Kasernen noch immer die Franzosen säßen. Ja, er erzählte uns sogar, er habe auch einmal Gastnacht in Saarlouis mitgemacht. Allerdings habe sich das in sehr primitiven Formen abgespielt. Ich wage in dieser feierlichen

Stunde nicht einmal anzudeuten, zu welchem Ball man meiner Befürchtung nach den damaligen Obersten geführt hat. Er sprach dann von Ballerfangen, wo er Gast des Herrn von Boch gewesen sei. Er beschrieb die Abtei Mettlach mit ihrer alten Kirche, das Kastell mit dem Grabe des blinden Böhmen-Königs. Kurz, Hindenburg wußte in Stadt und Kreis so gut Bescheid, wie nur irgend jemand, der dort geboren ist. So stark sind die persönlichen Beziehungen, die Hindenburg zu unserer Saar-Heimat hat und ihrer in erster Linie an diesem feierlichen Tage zu gedenken, schien mir als erste Pflicht.

Uebersichten wir das Leben unseres hochverehrten Reichspräsidenten, so war es ein Leben voller Arbeit und Mühe, ein Leben harten Dienstes. (Hier schilderte der Redner die Ereignisse aus dem Leben Hindenburgs, vor allem zur Zeit des Jahres 1914.) Dann fuhr er weiter fort:

Noch ist der Kampf um unsere Heimat nicht entschieden. Mitten in dem Ringen stehen wir, und da darf niemand sich dem Dienste der Heimat versagen, niemand aus persönlichen Gründen zurücktreten von dem großen Werke für die Heimat! Daß Verantwortungsfreudigkeit und eherner Wille zum Ziele führt, auch im Kampfe gegen eine ganze Welt, das hat uns Hindenburg während langer schwerer Jahre bewiesen.

Wir wollen von Hindenburg besonders lernen: Die Einigkeit. Es vergeht keine Gelegenheit des öffentlichen Auftretens, bei der Hindenburg nicht zur Einigkeit mahnt. Noch vor kurzem hat er das schöne Wort gesprochen:

„Möge der Geist der Pflichttreue und der Einigkeit, den unsere für das Vaterland gefallenen Helden bezeugt haben, doch stets im deutschen Volke fortleben. Ihn zu stärken und damit die Vorbedingungen für den Wiederaufstieg für das Vaterland zu schaffen, muß unsere große und dauernde Aufgabe sein.“

Zu seinem heutigen Festtage hat er sich kein schöneres Geschenk gewünscht, neben den Spenden für die Gefallenen und ihre Hinterbliebenen, als daß das deutsche Volk endlich einig werden möchte.

Auch in dieser Beziehung erleben wir ein Schauspiel, das für uns an der Saar so erhebend ist, das uns aber auch etwas so dringlich vor Augen führt, dessen wir nie entbehren dürfen, nämlich die Einigkeit mit seinem Reichskanzler. Damals wählte das deutsche Volk, zu dem wir uns in dieser Beziehung nicht rechnen dürfen, zwischen Hindenburg und Marx. Hindenburg bekam die Mehrzahl der Stimmen. Marx ist heute Reichskanzler. Aber keine Spur von irgendeiner Eifersucht oder Eifersüchtelei, keine Spur von irgendeiner Uneinigkeit zwischen den beiden. Die ehemaligen Rivalen arbeiten in einer Art und Weise zusammen, in Treu und Einigkeit, die vorbildlich genannt werden muß. Es hatte etwas Rührendes an sich, als in einer Besprechung im vertrauten Kreise, der ich beiwohnen durfte, Reichskanzler Marx noch vor kurzem sagte: „Es ist ein wahrer Segen Gottes, daß Hindenburg unser Reichspräsident ist, ich wüßte keinen besseren.“ Diesen Gefühlen hat er ja auch kürzlich öffentlich Ausdruck gegeben. Weiter erfuhr ich bei dieser Gelegenheit aus dem Munde des Reichskanzlers, wie Hindenburg noch heute ständig und andauernd mitarbeitet und bis in die kleinsten Kleinigkeiten die Sachen selbst bearbeitet, die ihm vorgelegt werden.

So lehrt uns besonders Hindenburg am heutigen Tage das Dienen und die Einigkeit. Und ein drittes lehrt er uns am heutigen Tage. Wenn ich Ihnen eingangs sagte, daß wir heute unseren Geist zu jenen Höhen erheben sollen, aus denen Hindenburg seine Kraft nimmt, so waren das keine leeren Worte. Er ist ein Mann der fest überzeugt ist, daß über uns ein gerechter Gott seine Hand hält und auf dieser Ueberzeugung allein gründet er sein Lebenswerk. Auch dafür hat er oft genug in der Öffentlichkeit und in kleinen Kreisen Zeugnis abgelegt. Als man ihm die Meldung brachte, daß er zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt sei, antwortete er: „Ich? Dann gebe Gott, der Herr, seinen Segen dazu“, und als wir von der Saar uns damals von ihm verabschiedeten, waren seine letzten Worte an uns: „Ja, ja, die arme Saar. Aber wenn wir alle fest und ständig zu unserem lieben Herrgott beten, dann wird ja sicherlich wohl alles in Ordnung kommen.“ So gibt uns der Held, der heute seinen 80. Geburtstag feiert, das dreifache Beispiel des selbstlosen Dienens, der Einigkeit und des unerlichütterlichen Gottvertrauens. Wir wollen in dieser feierlichen Stunde geloben, daß auch wir in selbstlosem Dienste einig und geschlossen dem Vaterlande dienen wollen in vollem Vertrauen auf Gott unseren Herrn. Dieses Gelöbnis wollen wir aber nicht mit dieser Feierstunde verfliegen lassen, sondern es in tägliche harte Werktagsarbeit umsetzen, und des zum Zeichen wollen wir uns erheben und in den Ruf einstimmen: Unser verehrter Reichspräsident von Hindenburg, er lebe hoch! Die Anwesenden stimmten begeistert in das dreifache



Hoch ein und langen das Deutschlandlied, während auf der Bühne das lorbeerumkränzte Bild des Reichspräsidenten inmitten einer Turnerschar sichtbar wurde.

\*

#### G Glückwunschsadresse des Bundes der Saar-Bereine an Hindenburg.

Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg hat der Bund der Saar-Bereine dem Reichspräsidenten folgende Huldigungsadresse überreicht:

Das Saargebiet nimmt an Ew. Exzellenz 80. Geburtstag innigsten Anteil. Die Saarbevölkerung weiß, wie sich Ew. Exzellenz für jene Gebiete einsetzt, deren heiliger deutscher Boden noch immer nicht frei ist. Der Bund der Saar-Bereine betrachtet es daher für seine Ehrenpflicht, dem Vater des

Vaterlandes an seinem 80. Geburtstage mit den herzlichsten Glückwünschen den Dank abzustatten dafür, daß er seine väterliche Fürsorge auch dem Saargebiet stets hat angedeihen lassen. Möge es Ew. Exzellenz vergönnt sein, recht bald seinen angekündigten Besuch im Saargebiet nach seiner von ihm heiß ersehnten Befreiung und restlosen Rückführung zum übrigen deutschen Vaterlande abzustatten. Unser Herrgott wolle Ew. Exzellenz die Kraft geben, noch lange des deutschen Reiches Führer und des deutschen Volkes Mahner zur Einigkeit zu sein.

Bund der Saar-Bereine.  
gez. Andreas, Dröge, Vogel.

## Vom Kampf um Elsaß-Lothringen.

Von einem katholischen Mitarbeiter aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Ohne irgendwie Stellung zu den Vorgängen in Elsaß-Lothringen zu nehmen, hat der „Saar-Freund“ bereits einige Male Aufsätze, die sich mit der dortigen Heimatbewegung beschäftigten, veröffentlicht, um seinen Lesern über die Vorgänge in dem dem Saargebiet benachbarten früheren Reichsland näher zu unterrichten. Lediglich aus diesem Grunde sei auch heute hier einiges mitgeteilt von dem, was in der letzten Zeit die Bevölkerung Elsaß-Lothringens sehr stark beschäftigt hat, zumal es sich um Probleme handelt, die noch längere Zeit ungelöst bleiben werden.

Festzustellen ist zunächst, daß die maßgebenden Regierungen Frankreichs offen und mehr noch im geheimen mit größtem Eifer alles zu durchkreuzen suchen, was ihrer Ansicht nach der elsäß-lothringischen Heimatbewegung dienen kann; ein Beweis dafür, daß sie diese Bewegung nicht leicht nehmen. Kürzlich wußte vor allem die in Metz erscheinende „Lothringische Volkszeitung“, ein auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehendes Blatt, von einem Fall zu berichten, der die Situation besonders scharf beleuchtet. In Straßburg sollte Ende September der 1. Internationale-Caritas-Kongreß stattfinden. Die Vorarbeiten hierfür waren schon ziemlich weit gediehen. Insbesondere war auch die bischöfliche Behörde Straßburgs dafür gewonnen worden, nicht zuletzt wohl, weil sie sich von dem Kongreß eine Förderung der Caritasbestrebungen in Elsaß-Lothringen und eine Wiedung des Caritasgedankens im Innern Frankreichs, wo man diese Organisation noch nicht eingeführt hat, versprochen haben wird. Als aber bekannt wurde, so berichtet die Presse, daß zu dem Kongreß mehrere führende deutsche Kleriker kommen und auch Kardinal-Faulhaber-München sowie Prälat Dr. Seipel-Wien an der Tagung teilnehmen und auf ihr sprechen sollten, da habe man in Straßburg, ganz offensichtlich auf einen Wink von Paris hin, die Abhaltung des Kongresses unmöglich gemacht, indem der Straßburger Bischof sich geweigert habe, den Kongreß zu begrüßen oder durch ein Mitglied des Domkapitels begrüßen zu lassen, obschon es sich bei der geplanten Veranstaltung um eine rein katholische und kirchliche Organisation handelt, die lediglich praktische, christliche Nächstenliebe auf katholischer Grundlage üben will und sich insolgedessen in Deutschland der stärksten Unterstützung der katholischen Bischöfe sowie auch des Papstes erfreut.

Die Sabotierung des Kongresses erregte namentlich in führenden katholischen Kreisen Elsaß-Lothringens das größte Aufsehen und das genannte katholische Metzler Blatt sah sich daher veranlaßt, u. a. folgendes zu schreiben: „Und da bekam man es in Straßburg mit Anieschlottern zu tun. Man denke sich auch, wenn ein Msgr. Seipel von den Straßburger Katholiken applaudiert würde, vielleicht stürmisch, wie man das bei dem Westruf Seipels nur zu leicht verstehen könnte; wenn ein Kardinal Faulhaber, der einst als Universitätsprofessor eine Leuchte der Straßburger Alma mater gewesen ist, von seinen einstigen Schülern umjubelt würde; wenn gar in Straßburg Vergleiche gezogen würden zwischen der Organisation in anderen Ländern und der noch nicht organisierten Caritas in Frankreich; welche Gefahren mußte dann nicht ein solcher internationaler Caritas-Kongreß für die Assimilation des Elsaß an das Mutterland heraufbeschwören! Das war zuviel für nationalistische Herzen.“

Daß durch die Vereitelung der Tagung für Frankreich irgend etwas gewonnen wurde, namentlich bei den Elsaß-Lothringern,

wird hiernach wohl kaum jemand zu behaupten wagen. Auch hat der Straßburger Bischof durch seine Haltung in dieser Angelegenheit weder sich noch der katholischen Sache irgendwie genützt. Ja, man geht wohl nicht fehl, wenn man das Gegenteil annimmt: Uebrigens hat sich derselbe Bischof veranlaßt gesehen, Ende September einen Protest Straßburger Katholiken an Poincaré zu unterzeichnen. Der Grund des Protestes ist, daß an die Stelle einer verstorbenen katholischen Schulschwester eine weltliche Lehrerin gestellt und gleichzeitig mitgeteilt wurde, daß in Zukunft alle freiverdenden Schulstellen mit weltlichen Lehrkräften besetzt werden sollen. Gegen diese Maßnahme und Ankündigung nahm eine Protestversammlung unter dem Vorsitz des Straßburger Bischofs Stellung mit dem Ergebnis, daß in der daraufhin an Poincaré gerichteten Eingabe darauf hingewiesen wird, daß Frankreich feindlich gesinnte Leute unter den Katholiken des Elsaß mit der Behauptung Anhänger zu werben suchten, daß sie, wenn sie Franzosen blieben, mit einer Verfolgung ihres Glaubens zu rechnen hätten. Diese Behauptung könne — so heißt es in der Eingabe — am besten durch Tatsachen widerlegt werden. Wenn aber gewisse Handlungen den Unglückspropheten Recht zu geben schienen, dann ereigne sich etwas Unabänderliches. Die in der St. Johanneschule begonnene Bewegung zum weiteren Verschwinden der elsäßischen katholischen Schwestern aus den Schulklassen würde den Feinden Frankreichs zugute kommen.

Auffallend ist hier vor allem die starke Betonung der großen Sorge des Straßburger Bischofs darüber, daß durch die Ersetzung katholischer Schwestern durch weltliche Lehrkräfte Frankreich politisch schädigen wird. Unbegründet scheint diese Sorge nicht zu sein; denn es hat sich in den letzten Jahren besonders in katholischen Kreisen wegen der von Frankreich beliebten Kirchen- und Schulpolitik ein starker Umschwung in der Einstellung zu Frankreich vollzogen. Das geht nicht allein aus einer Anzahl katholischer Zeitungen hervor, sondern zeigt sich vor allem auch in der inneren Festigung der Heimatbewegung, die so weit gediehen ist, daß ihre Führer offiziell zur Gründung einer eigenen politischen Partei übergehen konnten, die am Sonntag, dem 18. September in Straßburg bei einer Teilnahme von etwa 300 Personen vorgenommen wurde.

Die Reden, die anläßlich der Gründung dieser Partei, die sich „Autonomistische Partei Elsaß-Lothringens“ nennt, gehalten wurden und ebenso auch das unverzüglich veröffentlichte Parteiprogramm zeigen mit aller Deutlichkeit, daß man klar ist im Ziel und sich auch stark genug fühlt, das, was man will, mit aller Offenheit zu sagen. Kurz zusammengefaßt werden in dem Programm folgende 17 Forderungen erhoben:

1. Die elsäß-lothringische Rasse und Art muß aufrechterhalten und unterstützt werden.
2. Die deutsche Sprache muß die Grundlage des Unterrichts werden und den ersten Platz in der Schule, im öffentlichen Leben, in der Verwaltung und in der Kirche einnehmen.
3. Die Verwaltung des Landes muß den Bedürfnissen des Landes entsprechen und aus dem Lande Gebürtige müssen an ihrer Spitze stehen.
4. Die Rechtsprechung muß verbessert werden. Die Wiedereinführung der Schöffengerichte wird gefordert. Die Schwurgerichte müssen ihre Verhandlungen in deutscher Sprache führen. Alle Schwurgerichts- und sonstigen Urteile, bei denen der französische Nationalismus die Waagschale zuungunsten der Angellagten



hat beeinflussen können, müssen revidiert werden. Den Opfern der Ausschüsse zur Prüfung der Naturalisierungsanträge müssen Entschädigungen gezahlt werden. Die Strafanstalten müssen reformiert werden. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden. Die Verbüßung der Strafe muß innerhalb des Landes erfolgen.

5. Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen müssen Eigentum des elsaß-lothringischen Volkes werden.

6. Elsaß-Lothringen muß seine Staatsbank, sowie seine Postverwaltung haben.

7. Die Bodenreichtümer müssen Eigentum des Volkes werden.

8. Vereinigung der elsaßischen Soldaten in eigenen Formationen, die im Elsaß stehen, mit Cadres in deutscher Sprache.

9. Die Sozialversicherung muß aufrechterhalten und verbessert werden.

10. Städtische Einrichtungen müssen aufrechterhalten und die städtischen Freiheiten verstärkt werden.

11. Eine Arbeiterkammer muß begründet werden, um die Zahl der Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermindern.

12. Eine vollkommene Reform der Steuern muß erfolgen, die den Bedürfnissen des Landes und seinen Entwicklungsmöglichkeiten entspricht.

13. Eine besondere Zollzone für das Elsaß muß eingeführt werden, damit dieses sich gemäß seinen natürlichen Interessen ausdehnen kann.

14. Besondere Schulen für die Landwirtschaft, das Handwerk, die Handelsangestellten und mittleren Techniker.

15. Das Stimmrecht für die Franken.

16. Aufrechterhaltung des Status quo in Schule und Kirche, was die religiösen Fragen betrifft.

17. Entschädigung der Opfer des Krieges, der Revalorisierung des Vertrages von 1919 und der Inhaber deutscher Krieganleihen.

Das hier Geforderte läßt an Klarheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist ein Bekenntnis zum Föderalismus ohne Vorbehalt mit dem Ziel, auf Grund des während des Krieges so laut proklamierten Selbstbestimmungsrechtes zu einem selbständigen, d. h. weder von Frankreich noch von Deutschland abhängigen Elsaß-Lothringen zu kommen, um wie es in der Begründung, die den Forderungen offiziell gegeben wurde, heißt, dadurch nicht nur dem elsaß-lothringischen Volke, sondern auch dem europäischen Frieden zu dienen.

Die Führer der Heimbewegung, namentlich die der neugegründeten Partei, werden sich darauf gefaßt machen müssen, daß

sie einen ungeheuer harten Kampf zu bestehen haben werden. Das geht schon daraus hervor, daß man der fortgesetzten Hege der französischen Nationalistenblätter behördlicherseits nachgegeben hat und mit Mitteln der Gewalt unter Verletzung des klaren Rechts jetzt gegen die Bewegung vorgeht. Die bekannte Berliner Monatschrift „Elsaß-Lothringen“ — „Heimatsstimmen“ sagt hierzu in ihrer letzten Ausgabe u. a.:

Frankreichs „Prestige“ erträgt nicht, daß gegen die Jahrzehnte hindurch verbreitete Legende vom „unfranzösischen“ Elsaß-Lothringen die schlichte Wahrheit gestellt wird. Frankreich will dem Volke, das es „befreit“ hat, nicht zugestehen, nach seinen besonderen Lebensbedingungen sich zu entfalten. Es darf kein Elsaß-Lothringen mehr geben, kein elsaß-lothringisches Volk als lebendige, volkhafte, selbstbewußte Einheit.

Im Kampf der Geister und der Ideen setzt die französische Propaganda — den Staatsanwalt mit dem Hochverratsparagrafen ein, den chauvinistischen Terror, eine bezahlte Presse, Renegaten aus aller Herren Länder und das Heer seiner Spitzel.

Die Diktatur beginnt!

Minister Lardieu hat es am 1. Oktober in Straßburg versprochen; und die französische Regierung hält in solchen Dingen Wort.

Wider alle Grundzüge eines Rechtsstaates wird die Herausgabe der „Wahrheit“, des Blattes des „Elsaßischen Oppositionsblatts“ Claus Jörn von Bulach, durch polizeiliche Ueberwachung der Druckerei verhindert.

Wider alle Pressefreiheit droht der Straßburger Präfect der autonomistischen „Zukunft“ Beschlagnahme an, wenn sie von der neuen „Autonomistischen Partei“ oder überhaupt von Autonomie sprechen sollte!

Einen unliebsamen Gegner wie Bulach sucht man durch ein Justizverfahren aus der Kampffront seines Volkes herauszuholen. Man bezichtigt ihn des Verbrechens der Bedrohung des französischen Präfecten mit dem Tode!

Andere Männer werden folgen; die französische Presse fordert längst ihre Köpfe. Schon genügt es den französischen nationalistischen Verbänden nicht mehr, daß man die Autonomisten kneble; sie zeigen bereits auf Führer der größten Partei des Landes, auf Dr. Haegy, auf Prof. Kassé, auf andere „Komplizen der Agenten des Auslandes“.

In den Augen der Franzosen ist es fluchwürdig, wenn das Elsaß und Deutsch-Lothringen den Schutz seiner deutschen Mutter Sprache verlangt, wenn das elsaß-lothringische Volk Anerkennung als „nationale Minderheit“ von dem gleichen Frankreich verlangt, das sich vor der Welt als Vorkämpfer der Rechte und Freiheiten der kleinen Völker ausgibt.

## Der deutschen Saarländer Not, Hoffnung und Sehnsucht.

Große Saarlundgebung in Frankfurt a. Main.

### „Der deutschen Saarländer Not, Hoffnung und Sehnsucht“

lautete das Thema, über welches Herr Warrer Dr. Schlich, Saarbrücken in einer am 10. Oktober von der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes der Saarvereine veranstalteten großen Saarlundgebung sprach, um über die gegenwärtigen Verhältnisse im Saargebiet Auskunft zu geben. In dem für die Saarlundgebung veröffentlichten Aufruf heißt es u. a.: „Wiederholt hat das Saargebiet die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Tagungen des Völkerbundes, dem dieser Teil unseres Vaterlandes für 15 Jahre unterstellt ist, geben davon Kenntnis. Indessen waren die jeweils zur Erörterung stehenden Fragen nur Ausschnitte aus dem Kampf, den die Bevölkerung des Saar-Grenzlandes für die Erhaltung unseres deutschen Volkstums zu führen gezwungen ist. Auch heute noch folgt Angriff auf Angriff gegen heimische Sitte und Recht. Da erscheint es Pflicht jedes Deutschen, ohne Rücksicht auf Parteistellung und Konfession, Anteil zu nehmen an den Mühen und Leiden unserer Brüder und Schwestern an der Saar, ihnen für ihr Kämpfen und Ausstehen Rückhalt zu geben.“

Zu der Rundgebung waren Einladungen an alle Behörden, Verbände, Vereine und Mitbürger, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Sache an der Saar am Herzen liegt, ergangen. In stattlicher Zahl hatte man der Einladung Folge gegeben, so daß der Vorsitzende der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes der Saarvereine, Herr Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel, in seinen einleitenden Worten dafür seinen

besonderen Dank aussprechen konnte. Ausgehend von den festen Beziehungen geschäftlicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Art, die vor dem Kriege zwischen Frankfurt und dem Saargebiet, insbesondere Saarbrücken, bestanden hatten, wies der Vorsitzende darauf hin, daß seit dem Inkrafttreten des Versailler Friedens diese Beziehungen fast ganz abgebrochen wären, weil nun alle nach Deutschland führenden Straßen abgeschnitten wären und das Saargebiet, durch seine neue staatsrechtliche Stellung, durch Paß- und Zollvorschriften zu einem Sonderwesen gemacht worden sei. Dadurch seien die Vorgänge an der Saar der Kenntnis der Bevölkerung des Reiches mehr und mehr entzogen worden, die dortigen Zustände seien für sie so verschwommen geworden, daß sogar amtliche Stellen Preußens sich nicht darüber klar gewesen seien, ob Saarbrücken deutsch oder französisch sei. Unter dieser Unkenntnis habe die Saarbevölkerung sehr gelitten, sie habe sich verlassen gefühlt und nicht begriffen, daß man im weiteren Vaterlande für den ebenso für das Reich wie für die Saar geführten Kampf gegen die andrängende Weltanschauung so wenig Verständnis finde. Da sei es der Bund der Saarvereine gewesen, der Hilfe gebracht und durch seine Aufklärungsarbeit das Interesse an dem Geschick des Saargebiets geweckt und verstärkt und auf dessen Bedeutung für unser Volk und Vaterland hingewiesen habe. Mit der Bitte, an diesem Kampfe für Recht und Freiheit der Saarbevölkerung teilzunehmen, wie es Ehrenpflicht jedes Deutschen sei, mandte sich der Vorsitzende einer knappen Skizzierung der Grundlagen der in Versailles getroffenen staatsrechtlichen Regelung der Saarver-



hältnisse zu und hob die Bedeutung der Clemenceauschen Saarlänge hervor.

Hierauf ergriff in Vertretung des Oberbürgermeisters von Frankfurt a. Main Herr Bürgermeister Graf, stellvertretender Präsident des Preussischen Staatsrats, seinerzeit Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung, das Wort, um der Versammlung den Gruß des Oberbürgermeisters, des Magistrats der Stadt Frankfurt a. Main zu überbringen mit der Versicherung, daß man in Frankfurt a. Main durch die langjährigen früheren Verbindungen zur Saar das richtige Verständnis für die Not und die Leiden der Saarländer habe, und daß auch der Bund der Saarvereine jeglichen Interesses für seine Bestrebungen seitens der Stadt Frankfurt a. Main versichert sein dürfte. Er selbst habe sich nach der Befreiung und Abtrennung des Saargebietes als Sozialdemokrat der Stadt Frankfurt a. Main vielfach mit den aus dem Saargebiet von Haus und Hof vertriebenen Landsleuten bezüglich der Fürsorge befaßt müssen, und er habe sich in gar vielen Fällen überzeugt, wie schwer das treudeutsche Saarvolk durch die Bedrückungen und Ausweisungen der französischen Machthaber zu leiden gehabt hätte. Die Stadt Frankfurt a. Main und er wüßten die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine zu würdigen, sie wünschten dieser vaterländischen Aufklärungsarbeit auch in Zukunft besten Erfolg, damit für die ganze Saarbewegung Mut und Hoffnung gegeben würden.

Der Hauptredner des Abends, Herr Pfarrer Dr. Schlich-Saarbrücken, wies in seinen einleitenden Worten zunächst auf die dankenswerte Aufklärungsstätigkeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ hin, die seit mehr als acht Jahren zur Betonung und Rettung des deutschen Charakters des Saargebietes eufaltet worden sei, und deren große Bedeutung man im Saargebiet selbst durchaus zu schätzen und zu würdigen wisse. Diese erfolgreiche vaterländische Aufklärungsarbeit, die der „Saar-Berein“ im Interesse des schweren Kampfes der Saarbevölkerung um die Deutschhaltung wahrnehme, sei für die Entwicklung der Verhältnisse im Saargebiet und für die Unterstützung des in so schwerem Kampfe stehenden Saarvolkes nicht nur beachtenswert, sondern auch in Zukunft eine dringende große Notwendigkeit. Während seines Vortrages nahm der Redner noch Gelegenheit, das Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine, welches die Geschäftsstelle „Saar-Berein“ herausgibt, den „Saar-Freund“, wärmstens zu empfehlen, da dieses vorzüglich geleitete Blatt in sachlicher Weise eine überaus wertvolle Chronik der neueren Geschichte des Saargebietes darstellt. Der „Saar-Freund“ dürfe eigentlich in keinem Hause, wo Interesse für die Not und die Leiden der Saarbevölkerung bestehen, fehlen. — Sodann legte der Redner die Gründe und Erscheinungen in der Notlage des Saarlandes in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht dar:

„Das Versailler Diktat ist die Quelle aller Uebel. Die Hauptbeschwerde richtet sich gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Saarbevölkerung hat keinen mitbestimmenden Anteil an der Gesetzgebung und Verwaltung. Diese steht im wesentlichen unter französischem Einfluß. Frankreich übt als Eigentümer der Gruben maßgebenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft aus. Die Durchsetzung der Industrie mit ausländischem Kapital, die durch Kohlenverweigerung erzwungen wurde, dehnt diesen Einfluß auch auf die Hüttenwerke und Eisenindustrie aus. Die Eingliederung ins französische Zollsystem bringt Frankreich zwar viel Geld, legt aber Handel und Gewerbe an der Saar lahm, bringt eine große Teuerung mit sich und hat eine zwangsweise westliche Orientierung auf wirtschaftlichem Gebiete zur Folge. Ohne die Zollkündungen und das vielfache Entgegenkommen des Deutschen Reiches müßte die saarländische Wirtschaft erliegen und würde die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, dem größten Elend anheimfallen. Das Saargebiet ist für sich betrachtet — trotz seines ungeheuer großen Kohlenreichtums — wirtschaftlich nicht lebensfähig und außerstande, seine Bevölkerung zu ernähren.

Vom Staats- und völkerrechtlichen Standpunkt aus betrachtet ist noch niemals in der Weltgeschichte bei Friedensschlüssen oder Völkerverträgen ein so widerspruchsvolles und ungeheuerliches Staatsgebilde geschaffen worden, wie es mit dem Saargebiet geschehen ist. Frankreich Eigentümer der Gruben, die Regierung landfremd und im wesentlichen französisch gesinnt, während das Volk rein deutsch ist. Aus dieser widerspruchsvollen Struktur heraus mußte das Saargebiet das werden, was das frühere kanadische Regierungsmitglied Waugh mit dem Ausdruck bezeichnet hat „Maruhezentrum Europas“.

Die vom Redner aufgeführten einzelnen Beispiele gibt der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ wie folgt wieder:

Das Saargebiet ist willkürlich der Gruben wegen aus dem Rheinlande herausgerissen worden; es ist in keiner Weise eine geschichtlich-stammesmäßige Einheit. Nie ist mehr das Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt worden als bei der Schaffung dieses Gebiets. Das oberste Gesetz im Saargebiet ist nach dem Statut die Wohlfahrt des Volkes. Aber bald entpuppte sich die Regierungskommission als ein Werkzeug der französischen Assimilationspolitik. Ist es nicht ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht, daß das Saargebiet von 1920—1927 von Präsidenten regiert wurde, die nicht einmal die Sprache des Volkes sprachen? Bezüglich des neuen Präsidenten muß man mit dem Urteil noch zurückhalten. Die vom Statut vorgeschriebene Befragung des Volkes wurde zur großen Ueberraschung des Saargebietes antiparlamentarisch ausgelegt. Der Landesrat hat kaum Rechte: der Staatshaushalt ist uns immer noch ein Buch mit sieben Siegeln. Wir werden wie die Völker in Mittelafrika regiert. Da sollten wir für die Beibehaltung dieses Zustandes stimmen? An die Bestimmung der Landesratsverordnung, daß nur im Saargebiet Geborene wählbar seien, knüpfte die Regierungskommission große Hoffnungen — die jährlichen Proteste des so zusammengefügten Landesrats gegen die Fremdherrschaft haben sie eines besseren belehrt. Immer noch wird — trotz Genf — eine Saarbrücker Kaserne durchziehenden französischen Truppen zur Verfügung gestellt. Der frühere Verbindungs-offizier der Besatzungsarmee bei der Regierungskommission, ein Leutnant, wurde nach dem Abzug der Truppen zum Oberregierungsrat ernannt. Der Bahnschutz ist eine verkappte Besatzungstruppe: bis jetzt trägt er nicht die vorgesehene Armbinde. Da er wirklich nichts zu tun hat, rechnet ihn der Volkswitz unter die Arbeitslosen. Wer soll auch die Bahn bedrohen? Bei der Badeaffäre zeigte es sich, daß die englischen Teile des „Bahnschutzes“ keine Ahnung davon hatten, daß sie in keinem befehlten Gebiet stehen.

Frankreich ist als Grubenbesitzer für das Saargebiet verantwortlich. Seit zwei Jahren liegen die Bahnhöfe und Haldepvll Kohlen. Die Saargruben haben keinen richtigen Absatz mehr. Man mag über die letzte Massendemonstration denken wie man will, ja sie verurteilen — trotzdem muß man, wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, sagen: wenn 30000 Bergarbeiter vor das Haus des Präsidenten ziehen und Brot und Arbeit fordern, dann ist Frankreich daran schuld. Das Saargebiet wird bald nicht mehr das „Paradies des Völkerbundes“, sondern ein Armenhaus sein. Dabei zieht Frankreich hohe Tribute aus dem Kohlenlande: 1926 1125 Millionen Franken. Deutschland gewährt andererseits große Zollkündungen: ohne sie wäre die Industrie und die Arbeiterschaft des Saargebietes längst erlangt. Das früher von fünf Landräten regierte Land hat heute fünf Minister, hochbezahlte Ministerialbeamte, Oberregierungsräte usw.! Französische Kreise erstreben heute trotzdem noch die Beibehaltung dieses sinnlos teuren Zwischenstaatsapparates! Wir bauen und vertrauen auf die Reichsregierung, wir wollen ihr keine Schwierigkeiten machen und ordnen uns ihrem Interesse unter: trotzdem müssen wir betonen, daß eine solche Lösung niemals für uns in Frage kommt. Wenn Sie am Hindenburgtag oder an einem nationalen Feiertag im Saargebiet gewesen wären, so hätten Sie hier nur deutsche Flaggen gesehen, dagegen nur eine einzige „saarländische“: auf dem Regierungshaus. Einen Flaggenstreit können wir hier übrigens nicht brauchen! Die Abstimmung birgt große Gefahren in sich, da gemeindeweise gezählt wird. Durch wirtschaftlichen Druck und Propaganda könnte es in Grenzgemeinden dazu kommen, daß autonomistische Stimmen abgegeben werden. Im Saargebiet bei Forbach wird seit einem halben Jahr eine tolle Propaganda getrieben, eben dorthin die französischen Stollen vorgetrieben. Die sogenannte Saarautonomie wäre nur die Maske der endgültigen französischen Herrschaft. Je eher Frankreich der Freigabe des Saargebietes zustimmt, desto mehr dient es der Völkerverständigung und dem Frieden.

Der Ruhe und dem Frieden der Völker und der Sicherheit Frankreichs wird durch nichts besser gedient, als durch eine friedliche Verständigung mit Deutschland und den Rhein. Im Saargebiet aber geben die Franzosen ihre Verwelschungspläne nicht auf. Neuerdings arbeiten sie sogar in verstärktem Maße für ihre Schulpolitik. Vor allem aber suchen sie durch die Herstellung einer unterirdischen Verbindung zwischen den Gruben in Lothringen und den Saargruben unter der Landesgrenze her sowie durch große zusammenhängende Werkstedenlungen auf beiden Seiten der Grenze im Warndt einen Zustand zu schaffen, der Gruben und Gegend an der lothringischen Grenze als eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit erscheinen



lassen soll, ganz offensichtlich in der Absicht, bei der späteren Volksabstimmung und Entscheidung über die politische Zugehörigkeit des Saargebietes wenigstens einen Teil des Landes für sich zu erhalten. Hier liegt eine große Gefahr. Für die deutsche Saarbevölkerung kann es aber keine Teillösung in der Saarfrage geben, sondern nur eine restlose baldige Rückgliederung an das Deutsche Reich. Mit aller Entschiedenheit wird auch die Schaffung eines eigenen selbständigen in Wirklichkeit unter französischem Einfluß stehenden Staates abgelehnt, weil sie schließlich doch eine Vorstufe für die Eingliederung in Frankreich wäre; eine Maske, wie jetzt der sogenannte Bahnschutz, nur eine Umgehung des nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet nicht statthaften Militärs ist. Ein solches Saargebiet, in dem Frankreich als Besitzer der Gruben wirtschaftlich die erste Rolle spielte, blieb auch stets die Quelle neuer politischer Verwicklungen. Deshalb muß in dem politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampfe die ganze deutsche Saarbevölkerung in engster Fühlungnahme mit der Reichsleitung, der wir vertrauen, auf die wir bauen, ohne Unterschied der Partei und Konfession wie ein Mann zusammenstehen, bis das Saargebiet wieder zurückgeführt ist ins Deutsche Reich und das große Ziel der deutschen Einheit und Freiheit erreicht ist.

Die 1½ stündigen Ausführungen des Redners fanden die größte Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung und lösten außerordentlich starken Beifall aus. Mit seinem Danke für die trefflichen Darlegungen verband der Vorsitzende in seinem Schlusswort die Aufforderung, unter dem tiefen Eindruck des Gehörten, das Gelöbnis treuer Mitarbeit in der Saarbewegung abzugeben und die Saarbevölkerung der höchsten Anerkennung für ihre Bewährung in dem Abwehrkampf zu versichern. Man solle aber auch ein weiteres tun. Art. 19 der Völkerbundsatzung gebe dem Völkerbund die Möglichkeit an die Hand, unanwendbar gewordene Verträge einer Nachrevision zu unterziehen. Wenn aber ein Vertrag seine Unanwendbarkeit dargetan habe, so seien es die vertraglichen Abreden, die in Versailles über das Saargebiet getroffen seien. Aufgebaut auf längst als solchem erkanntem Lug und Trug, in seiner Auswirkung in das Gegenteil dessen verkehrt was der Völkerbund in seine Instruktion an die Regierungskommission zum Ausdruck gebracht habe, daß diese nämlich nichts anderes im Auge haben solle, als das Wohlergehen der Bevölkerung, und zu einer Banterotterklärung der Völkerbundspolitik geworden, wie die Ausführungen des Herrn Pfarrers Schlich gezeigt hätten, habe diese Entwicklung alle Voraussetzungen gegeben, die den Völkerbund in die Lage setze, der so schwer heimgeuchten Saarbevölkerung endlich Abhilfe zu bringen und ihr die heißersehnte Rückkehr zum Reich zu ermöglichen.

Die diesen Gedanken Rechnung tragende Entscheidung fand den einmütigen Beifall der Versammlung. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Immer noch ist die Bevölkerung des Saargebietes gegen ihren Willen einer landesfremden Regierung unterstellt bei der Frankreich weitgehendste Unterstützung für seine Verwelschungspläne gefunden hat und noch findet. Kulturell bedrängt, politisch entrechtet und wirtschaftlich verflaut leiden unsere Volksgenossen an der Saar nunmehr schon mehr als 8 Jahre unter der Fremdherrschaft. Not und Bedrängnis sind in der letzten Zeit noch gestiegen. Aussicht auf Besserung bietet nur die baldige Rückkehr zum Reich. Sie wird von allen Volksgenossen an der Saar ohne Unterschied der Weltanschauung, des Standes und der Parteizugehörigkeit mit größtem Nachdruck gefordert.

Von der gewaltsam von ihnen getrennten Bevölkerung des Reiches, insbesondere von den zuständigen Regierungsstellen erwarten sie auch weiterhin tatkräftige Unterstützung in ihrem Kampfe für ihre Existenz und für die Deutscherhaltung des Saargebietes.

Die am 10. Oktober 1927 in Frankfurt a. M. aus Anlaß einer großen Kundgebung für das Saargebiet Versammelten geloben gern, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den schwerbedrängten Brüdern und Schwestern an der Saar Erleichterung zu verschaffen und gemeinsam mit ihnen auf ihre baldige Rückkehr zum gemeinsamen Vaterlande hinzuwirken. Sie sprechen der Bevölkerung aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung für ihre treu-deutsche Haltung aus.

An die Reichsregierung aber richtet die Versammlung die Bitte, bei dem Völkerbund die geeigneten Schritte zu unternehmen, daß dieser, worauf ihn Art. 19 der Völkerbundsatzung selbst verweist, nunmehr die Saarfrage im Sinne der Bevölkerung löst, die deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben will und wird. Diese Lösung ist um so mehr notwendig, damit der hochkultivierten Saarbevölkerung endlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker zuteil wird, gleichzeitig auch das An-

ruhezentrum Europas an der Saar beseitigt und ein Haupthindernis jeder Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Wege geräumt wird.“

Mit dem Deutschlandlied fand die erhebende Kundgebung ihren Abschluß. Sie brachte der Frankfurter Ortsgruppe den erfreulichen Zuwachs von 40 neuen Mitgliedern.

Nach der Versammlung fanden sich die Mitglieder des Vorstandes und mehrere Gäste im Börsenkeller noch in gemütlicher Weise zusammen, um bei dieser Gelegenheit der Ehrung des um die deutsche Saarfrage so hochverdienten Herrn Pfarrer Dr. Schlich-Saarbrücken beizuwohnen. Mit Worten des Dankes und der Anerkennung überreichte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, Herrn Pfarrer Dr. Schlich die künstlerisch ausgestattete Ehrenurkunde über seine am 14. August von der 7. Tagung des Bundes der Saarvereine in Würzburg erfolgten einstimmigen Wahl zum Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine, mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es dem „Saar-Verein“ vergönnt sein möge, sich noch recht lange der bedeutamen Unterstützung und Mitarbeit des Herrn Pfarrer Dr. Schlich-Saarbrücken erfreuen zu dürfen. Auch an dieser Stelle sei Herrn Pfarrer Dr. Schlich für seinen beachtenswerten und bedeutungsvollen Vortrag bei der großen Saarkundgebung in Frankfurt a. M. herzlichst gedankt.

## Kleine politische Umschau.

### Der Saarlandesrat für das Mitbestimmungsrecht.

Der Saarlandesrat ist am 11. Oktober zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammengetreten. Die Tagung wird die Behandlung einiger wichtiger Vorlagen bringen, bei der sich Gelegenheit geben dürfte, auf die Frage des Mitbestimmungsrechts des Saarlandesrats einzugehen. Schon die erste Sitzung brachte einige grundsätzliche Feststellungen. So kennzeichnete der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Abg. Schmeltzer das Verhalten der Regierungskommission, die sich geweigert hat, auf eine Reihe sehr wichtiger, im Landesrat bereits vor Monaten eingebrachten Anfragen überhaupt zu antworten, als eine Mißachtung des Landesrats. Die betr. Anfragen bezogen sich bekanntlich auf die Reservierung einer Kaserne im Saargebiet für durchreisende Truppen der Rheinarmee und auf die ständigen militärischen Übungen der Bahnschutztruppen im Saargebiet. Sollte es die Regierungskommission, so führte Schmeltzer aus, unter ihrer Würde halten, dem in allen Ländern üblichen Brauch, auf Anfragen der gewählten Vertreter der Bevölkerung eine Antwort zu erteilen, zu entsprechen, so müsse sie es auch unter ihrer Würde halten, ihr Gehalt aus den Steuergeldern der deutschen Saarbevölkerung entgegenzunehmen. Die Sitzung stimmte ferner einem Antrag zu, die Regierungskommission aufzufordern, die berührte Notverordnung aus dem Jahre 1923 außer Kraft zu setzen.

Eine eingehende Erörterung erfordert auch die neue Wohnungsmangel-Verordnung der Regierungskommission. Zurzeit ist die Wohnungswirtschaft nach einem Saarbrücker Bericht der „Kölnischen Zeitung“ im Saargebiet auf Grund einer Verordnung geregelt, welche die Regierungskommission im vorigen Sommer nach „Anhörung des Landesrats“ erlassen hatte. Der Entwurf war zwar einmütig im Landesrat abgelehnt worden; sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten hatten der Regierung ein einheitliches Gutachten unterbreitet, in dem ein wesentlicher Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gefordert wurde. Die Wohnungen mit einem Mietwert von über 1500 Mark Friedensmiete sollten ganz aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden, während im übrigen stufenweise ein allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft vorgesehen war. Die Regierungskommission ist aber über dieses Gutachten kurzerhand zur Tagesordnung übergegangen. Obwohl die Verordnung selbst zum 31. Juli d. J. abließ, wurde sie gegen den Willen des Landesrats um drei Monate verlängert. Auf mehrfaches Drängen hin ist jetzt ein Abänderungsentwurf herausgekommen. Die Wünsche der Bevölkerung sind wieder unberücksichtigt geblieben. Lediglich die Wohnungen mit einem Mietwert von mehr als 2000 Mark Jahresmiete sollen von der Zwangswirtschaft befreit werden, aber auch nur dann, wenn der augenblickliche Mieter freiwillig auszieht; diese Bestimmung ist also praktisch bedeutungslos. Sonst bringt der Entwurf nur einige unwesentliche Änderungen. Bedenklich ist es, daß man überall das Wort „Garnisonstruppen“ durch das Wort „Bahnschutztruppen“ ersetzen will, daß also der Bahnschutz völlig in die Rechte der Garnisonstruppen eintreten soll. In Genf wurde ausdrücklich vereinbart, daß durch den Bahnschutz der saarländische Wohnungsmarkt in keiner Weise belastet werden darf.

Wenn die Saarregierung sich wieder einmal leichten Herzens über die Wünsche der Bevölkerung hinwegsetzt, so macht sie sich dabei die Begründung außerordentlich leicht; die Wohnungsnot sei im Saargebiet noch so groß, daß an eine Änderung des bisherigen Systems nicht zu denken sei; dies sucht man dann mit



einigen durchaus ansehnlichen Zahlen zu belegen. Auch müsse an dem bisherigen System der Mietpreisbildung festgehalten werden, wobei zu bedenken ist, daß die augenblicklichen Mietsätze im Saargebiet erst 60 v. H. der Friedensmiete erreicht haben.

Eine Erhöhung der Mieten im Saargebiet hat naturgemäß eine Erhöhung der Löhne zur Voraussetzung. Aus diesem Grunde ist vor allem der französische Bergfiskus Gegner jedes Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft, und daraus erklärt sich auch das eigenartige Verhalten der Regierungskommission den gewählten Vertretern der Bevölkerung gegenüber. Der Landesrat wird mit aller Schärfe gegen eine derartige Politik Verwahrung einlegen müssen. Dieser Vorfall zeigt wieder deutlich, wie notwendig es ist, daß das Saargebiet endlich eine Regierung erhält, die ohne Berücksichtigung fremder Belange wirklich sachlich zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu arbeiten gewillt ist.

## Kleine Tageschronik.

### Die Frage der Saar- und Moselkanalisierung.

In Saarburg fand kürzlich eine Kundgebung für die Saar-Moselkanalisierung statt, in der der Syndikus der Handelskammer Trier, Dr. Krause-Wichmann über die Bedeutung der Kanalisierung für das Saar-Moselgebiet, über die bisherige Geschichte und die gegenwärtigen Aussichten sprach. Er schilderte die befruchtende Wirkung, die die Schiffbarmachung der beiden Flüsse auf das Wirtschaftsleben haben würde. Reiche Schätze an Steinen und Erden schlummerten im Mosellande, die ihrer Erschließung durch den Wassertransport harren. Handel und Gewerbe würden durch die Schifffahrt belebt; der Grundstückswert an den Flußläufen würde sich bedeutend heben und die Hochwassergefahr würde durch die Kanalisierung eingedämmt. Im Anschluß an die mit der Kanalisierung zusammenhängende Wasserkraftgewinnung und in Anlehnung an die Industriegebiete der Saar und Luxemburgs könne sich im unteren Saartal eine mannigfache, weiterverarbeitende Industrie ansiedeln. Weinbau und Landwirtschaft würden entlastet und gehoben. Gerade die Erschließung der Wasserkraft bedeute günstige Aussichten für die Verwirklichung der lange verfolgten Projekte.

Regierungsbaumeister Kaurisch (Trier) betonte, daß das Reichsverkehrsministerium der Saar-Moselkanalisierung erfreuliche Beachtung entgegenbringe. Unermüdlige tätige Arbeit sei notwendig. Er hoffe, daß auch die Saarindustrie wieder zu ihrer alten Liebe, der Moselkanalisierung, zurückkehre.

Am Schlusse nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Die Forderung auf Schiffbarmachung von Mosel und Saar ist mit Nachdruck zu verfolgen. Die wirtschaftliche Zukunft des Moselgebietes, das sich in dauernden Winzer- und Bauernnöten befindet, steht und fällt mit der endlichen Schiffbarmachung der beiden Flüsse. Durch die Kanalisierung der Flußläufe könnten die reichen Bodenschätze des Moselgebietes zum Segen der Bevölkerung erschlossen werden. Für die ganze deutsche Volkswirtschaft wären die beiden Schifffahrtsstraßen, die eine günstige Verbindung zwischen dem deutschen und dem französischen Wasserstraßensystem darstellen, von größtem Nutzen. Eminent bedeutend ist die hiermit zusammenhängende Erschließung der Wasserkraft. Die Reichs- und Staatsregierung mögen alles tun, um die seit langem verfolgten Pläne zu verwirklichen.

**Saarbrücken.** Im Saargebiet hat sich ein Verband der Volksbüchereien des Saargebiets gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, den einzelnen Büchereien mit Rat und Tat, wenn möglich auch mit finanzieller Unterstützung, zu helfen. Es haben sich — und das ist eine sehr erfreuliche Tatsache — zu diesem Verband Büchereien aller weltanschaulichen Richtungen zusammengeschlossen, wie es sich schon in der Zusammensetzung des Ausschusses zu erkennen gibt. Er wird gebildet von je einem Vertreter der Bürgermeistereien, der Gemeindebüchereien, der Kreise, der freien und der christlichen Gewerkschaften, des Bormäusvereins und der evangelischen Büchereien. Den Vorsitz des Verbandes hat Herr Stadtschulrat Bongard übernommen, auf dessen Anregung die Gründung des Verbandes zurückzuführen ist. Zum Geschäftsführer wählte man Herrn Dr. Adolf Waas, den 3. Jt. beurlaubten Leiter der Darmstädter Stadtbücherei. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in der Gewerbeschule, Rooststr. 1. Für eine Reihe kleinerer Gemeinden, die von sich aus zu einer eigenen Ortsbücherei nicht kommen können, soll eine gemeinsame fahrbare Bücherei (mit Kraftwagen) eingerichtet werden. Man rechnet bis zum 1. Oktober den Betrieb dieser Autobücherei für 12 Ortschaften eröffnen zu können. — Der Gau Saarbrücken des Saar-Sängerbundes hielt sein 1. Gau fest ab in Verbindung mit einer Fahnenweihe des Männer-Gesangvereins „Sängerkunst“, Saarbrücken 3.

In der Kanalisstraße haben die Jünger Peter Friedhofs, die Barmherzigen Brüder, ein Altersheim eingerichtet, das

kürzlich eingeweiht worden ist. Im Anblick der Saar liegt das Haus, und vom eigentlichen Verkehr entfernt. Ein paar Meter weit liegt das Getriebe der Eisenbahnstraße. Von der Terrasse aus hat man den Blick auf die Saar, auf den Hafen, auf die Luisenbrücke. Das Haus einstmals Köchlingsche Villa, ist wie gebaut für den Zweck, den es jetzt erfüllen darf. Man hat es verstanden, aus dem Gegebenen eine Tugend zu machen. Wirklich wohllich und gemütlich ist das „Peter-Friedhofs-Haus“. Nur mit wenigen Betten sind die Zimmer belegt, um den Eindruck der Kasernierung zu vermeiden. Helligkeit und Licht ist in den Zimmern; freundlich sehen sie aus. Das Haus ist groß genug, um auch alle die notwendigen Nebenräume aufzunehmen. Noch sind die Räume nicht voll belegt; erst sieben Bewohner sind da und für vierzig ist Platz. Die da sind, fühlen sich wohl unter der Hut der fünf Brüder, die das „Peter-Friedhofs-Haus“ betreuen. — Unter großer Beteiligung der verschiedensten Kreise wurde kürzlich das neue Saarbrücker Licht-, Luft- und Sonnenbad auf dem Schwarzenberg eingeweiht. Wenige Minuten vom Endpunkt der Straßenbahn, die Scheidterstraße hinauf, fast auf dem Gipfel des Schwarzenbergs, mitten in dichtem Laub- und Nadelholzwald, liegt dieser Idealplatz eines Licht-, Luft- und Sonnenbades, den der Saarbrücker „Verein für naturgemäße Gesundheitspflege“ entsprechend hergerichtet hat. Kneippische Wasseruren sind in diesem Luftbad ebenso gut möglich wie Felsische Lehmbäder. Damit ist Saarbrücken sogar eine „Zweigniederlassung“ von Bad Deynhausen und Söbernheim geworden und bietet denen, die keine Zeit oder kein Geld besitzen, um in diese Bäder zu reisen, einen recht wertvollen Ersatz. — Wie in St. Johann und Alt-Saarbrücken, sind jetzt auch in Burbach die ehemals so öden Saarliesen in prächtige Grünanlagen umgewandelt, die sich gleich hinter der Gersweiler Brücke am rechten Saarufer etwa 1000 Meter weit nach Luisenthal zu hinziehen. Der Hauptweg ist flankiert von 60 schattenspendenden Platanen und mündet in ein großes Rondell, das eingefast ist von 200 kurzhämmigen Palmsträuchern. In der Mitte sind zwei riesige Beete angelegt. In die übrigen, etwa 13 Ar großen Rasenflächen sind 16 prächtige Weisstannen eingepflanzt, und auf der 180 Meter langen und 40 Meter breiten Spielwiese, sowie in einem inmitten der Blumenbeete angelegten großen Sandbecken tummeln sich schon vom frühen Nachmittag an die Kinder.

Am 1. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seit die alte Saarbrücker Gemeindepolizei in eine staatliche Institution umgewandelt wurde. Als am 1. Oktober des Jahres 1902 der damalige Landrat Fidler die 50 Polizeibeamten der drei Saarstädte um sich versammelte, um ihnen den Übergang zu verkünden, da entwand auch äußerlich ein Stück Kleinbürgerlichkeit, das schon in den letzten Jahren des kurz zuvor beendeten Jahrhunderts immer mehr entfärbt worden war. Der Übergang der Polizei auf den Staat brachte den Fortschritt der organischen natürlichen Verwaltung, den Vorteil der straffen Organisation, zwei Dinge, die allein das Fundament für die spätere Entwicklung der Polizei abgeben konnten. Die mannigfachen Aufgaben, die die Polizei heute als Freund und Berater des Publikums zu lösen hat, würden nur schwerlich bewältigt werden, wenn nicht der Staat seinen Polizeikörper rechtzeitig einer festgefügt, zentralen Spezialverwaltung unterworfen hätte.

— Am 1. Oktober d. Js. konnte Herr Georg Julius Hedel, der Seniorchef der Firma Georg Hedel G. m. b. H., Drahtseilfabrik, Saarbrücken, das Gedeken des Tages feiern, an dem er vor nunmehr 50 Jahren in das damals von seinem Vater geleitete Unternehmen eingetreten ist. Durch seine Tätigkeit im früheren Stadtparlament und seine Mitarbeit in zahlreichen städtischen Gremien hat er sich große Verdienste um die Entwicklung der Großstadt Saarbrücken erworben. Die Vertretungen der Saarwirtschaft, die Handelskammer und der Vorstand des Wirtschaftlichen Vereins, denen er seit vielen Jahren als Mitglied angehört, wissen seine tätige und aufopferungsvolle Mitarbeit zu schätzen. Ein besonderes Betätigungsfeld fand der Jubilar in dem Berufsgenossenschaftswesen. Seit Gründung gehört er dem Vorstand der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft an und 19 Jahre war er deren Vorsitzender auf dem Sitz, den einst Stamm innegehabt hatte. Bei der Abtrennung des Saargebietes auch in bezug auf das Genossenschaftswesen wurde er 1. Vorsitzender der neu gebildeten Gewerblichen Berufs-genossenschaft für das Saargebiet. Die Firma hat, wie wir hören, aus Anlaß des Jubiläums dem Ansehlsten- und Arbeiterunterstützungsfonds einen Beitrag von 100 000 Fr. überwiesen.

Auf der Burbacher Hütte wurde in einem 2½ Meter tiefen Schacht der 30 Jahre alte Arbeiter Friedrich Speicher tot aufgefunden. Speicher war mit der Reparatur einer Gasleitung beschäftigt, ist wahrscheinlich durch ausströmendes Gas betäubt worden und dann in den Schacht gestürzt. Wiederbelebungsversuche hatten leider keinen Erfolg. Speicher war verheiratet und Vater von 2 Kindern.

**Böblingen.** Aus Anlaß des von uns bereits erwähnten Jubiläums des 25 jährigen Bestehens des Realgymnasiums fand ein Festakt statt, bei welchem Bürgermeister Jansen in einer Begrüßungsansprache Bedeutung und Wert



gang der Anstalt darlegte. Sie habe sich in den 25 Jahren zu einer der bedeutendsten Anstalten gleicher Art im Saargebiet entwickelt. Besondere Dankesworte widmete er dem Direktor der Anstalt, Reese, der am gleichen Tage auf ein 25jähriges erfolgreiches Wirken an dem Syndikus zurückblicken kann. Ferner beglückwünschte der Bürgermeister den Oberlehrer Grauvogel, der gleichfalls auf eine 25jährige Dienstzeit an der Anstalt zurückblicken kann. Er gedachte noch der besonderen Verdienste des Kommerzienrats Karl Köhling, sowie derjenigen der beiden Brüder Louis und Hermann Köhling um die Entwicklung der Anstalt. Die Glückwünsche des Landkreises Saarbrücken überbrachte Landrat Dr. Bogeler. Er machte die freudig begrüßte Mitteilung, daß der Kreis sich ab 1928 in gleicher Weise wie die Gemeinde Völklingen an den Lasten für die Anstalt beteiligen werde. Die Gemeinde Völklingen stiftete der Anstalt aus Anlaß ihres Jubiläums einen Flügel, der nicht nur der Förderung des Musik- und Gesangsunterrichts dienen, sondern auch die Entwicklung des Musiklebens in Völklingen fördern soll.

**Spiesen.** Im Alter von nahezu 80 Jahren ist einer unserer Ältesten Bürger, der pensionierte Bergmann Bernhard Schario, gestorben. In den 80er Jahren ging Schario in Pension und trat die Reise nach Amerika an, wo zwei verheiratete Töchter von ihm wohnen. Die Sehnsucht nach der Heimat ließ ihn jedoch nicht lange in dem neuen Erbeil und schon nach einem Jahre kehrte er wieder in die Heimat zurück. Der zu Grabe getragene erfreute sich der größten Beliebtheit und war noch bis vor kurzem sehr rüstig.

**Friedrichsthal.** Die kirchlichen Körperschaften der katholischen Pfarrgemeinde Friedrichsthal haben beschlossen, die zu errichtende neue Pfarrkirche dem Gedächtnis der gefallenen und verstorbenen Kameraden des Weltkrieges zu widmen. Damit wird die Anregung, die im Kriegsjahre 1917 der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaufmann im preußischen Abgeordnetenhaus gab, nämlich Kirchen und Kapellen als Kriegergedächtniskirchen einzurichten, im Saargebiet erstmals Folge geleistet. Unser jetziger Reichspräsident und damalige Feldmarschall von Hindenburg widmete dieser seinerzeitigen Anregung des Dr. Kaufmann folgende Worte: „Wenn das geschieht, dann haben die deutschen Mütter ein Plätzchen, wo sie für ihre gefallenen Söhne und Gatten still weinen und beten können.“ Jetzt greifen die kirchlichen Körperschaften der Gemeinden den Gedanken auf so daß mit der neuen katholischen Pfarrkirche in Friedrichsthal die erste Kriegergedächtniskirche im Saargebiet entstehen würde. Am 23. Oktober soll zu dieser Kriegergedächtniskirche der Grundstein gelegt werden.

**Neunkirchen.** Das Ausscheiden unserer Stadt aus dem Kreis Ottweiler ist zurzeit Gegenstand von Verhandlungen. Die Kreisbehörde hatte den Entwurf eines Auscheidungsvertrages der Stadtverwaltung vorgelegt. Der Organisationsausschuß, der sich mit diesem Plan beschäftigte, konnte dem Entwurf in allen wesentlichen Punkten zustimmen, machte aber noch einige Abänderungsvorschläge, auf die jedoch nunmehr der Kreis nicht eingehen zu können glaubt. Die Differenzpunkte sind allerdings, wie die „S. u. Bl.-Ztg.“ zu melden weiß, nicht so wesentlich, daß sie eine Einigung ausgeschlossen erscheinen lassen, so daß also in nächster Zeit schon die beiden für die Frage zuständigen Körperschaften, Kreistag Ottweiler und die Stadtverordnetenversammlung Neunkirchen ihre Zustimmung geben können. Außerdem muß noch die Regierungskommission durch Verordnung der Stadt das Recht erteilen, aus dem Kreise auszuscheiden. — Einer der Ältesten Bürger unserer Stadt, der Rentner Kristian Werner, ist im Alter von 89 Jahren verstorben. Werner war lange Jahre Gemeindevorsteher und Beigeordneter Mitbegründer der freiwilligen Feuerwehr und fast ein halbes Jahrhundert Mitglied der evangelischen Gemeindevertretung. Für seine Beerdigung hatte er selbst eingehende Anordnungen getroffen. — Durch Ueberlassung des Spieser Holzhauschens, nahe der Franzosenstraße, durch die Fortverwaltung an den „Wandervogel“ konnte dieser sich ein eigenes Heim gründen.

**Dillingen.** Die Gebeine von zwei hiesigen Kriegern aus dem letzten Krieg wurden dieser Tage in Frankreich ausgegraben und nach hier zur Beisetzung auf dem Ehrenfriedhof verbracht.

**Saarlouis.** Zu der Unterschlagungsaffäre bei der Kreisparfasse wird mitgeteilt, daß der Gegenbuchhalter A. Zuhn verhaftet wurde, der inzwischen eingestand, daß er durch Scheckfälschungen, wozu er die Namen zweier höherer Beamten fingierte, 50 000 Mark bei der Landesbank des Saargebiets widerrechtlich erhoben und unterschlagen hat. Die Betrügereien waren organisiert. Die durch Unterschlagungen und Fälschungen erhobenen Gelder wurden in eine gemeinsame Kasse gelegt, die der Kassierer Keller verwaltete. Wenn einer seiner Komplizen etwas benötigte, erhielt er es vom „Herrn Schatzmeister“ Keller. Die bis jetzt entdeckten und eingestandenen Summen betragen 191 000 Fr., 160 000 Fr., 500 Dollar, 60 000 Fr., 30 000 Reichsmark.

**St. Ingbert.** Am 1. Oktober bestand das Bezirksamt St. Ingbert 25 Jahre. Vor 25 Jahren schied der Bezirksamtbezirk Zweibrücken aus den Grenzen des ausgedehnten Amtsbezirks Zweibrücken aus und teilte sich in die Distrikte St. Ingbert und Bliestal. Die Einwohnerzahl des neuen Amtsbezirks betrug damals rund 40 000, sie ist in den 25 Jahren auf 53 463 gestiegen. Der Bezirk umfaßt 20 667 Hektar Bodenfläche. 1921 wurden die beiden Distrikte Bliestal und St. Ingbert zu einem Bezirk vereinigt. — Die Brauerei Gebr. Beder konnte am 1. Oktober auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich dieses Unternehmen zu einer der größten Bierbrauereien des Saargebiets herausgearbeitet. In dem schweren Kampf, den Ende der 70er Jahre die Groß- und Kleinbrauereien gegeneinander führten, ging auch hier eine Kleinbrauerei um die andere zugrunde. Damals kauften die Gebrüder Fritz und Georg Beder aus Zweibrücken die Großsche Brauerei und legten den Grund zur Brauerei „Gebr. Beder“. Zwei Jahre später trat ein dritter Bruder, Kaufmann Karl Beder, der heute noch lebende Seniorchef der Firma, in das Unternehmen ein. In den ersten Jahren hatte die Brauerei schwer gegen die Konkurrenz anzukämpfen, alle Widerwärtigkeiten konnten aber überwunden werden. Durch den Ankauf einer zweiten Kleinbrauerei, die heutige „Grüne Laterne“, wurde der Betrieb erweitert. Dank der Tüchtigkeit seiner Leiter gewann das Unternehmen in der Folgezeit eine immer größere Ausdehnung und Bedeutung. Im Jahre 1897 entstand die heutige Großbrauerei auf dem Hobels an der oberen Kaiserstraße mit ihren modernen Anlagen, die bis 1925 fortgesetzt Erweiterungen erfuhr. In diesem Jahr wurde der erste Spatenstich zu dem Neubau des Sudhohauses getan, das demnächst in Betrieb genommen wird. Damit dürfte den Anforderungen für die nächsten Jahre entsprochen sein. Die Brauerei steht heute unter der Leitung von Reinhold und Fritz Beder, Söhne der verstorbenen Gründer Fritz und Georg Beder. — Am 50. Gründungstag errichteten die Inhaber der Firma eine Pensions- und Hilfskasse für Arbeiter und Angestellte, mit einer erstmaligen Zuweisung im Betrage von 300 000 Franken. Ferner erhielten die Arbeiter und Angestellten entsprechende Geldgeschenke. — Unsere Stadt wies am 1. Oktober 20 709 Köpfe gegen 20 775 im Vormonat auf.

**Homburg.** Das weit über Homburgs Mauern hinaus bekannte Hotel Schröder vormals „Peterhof“ am hiesigen Rondell, ging im Wege der Zwangsversteigerung zum Preise von 460 000 Franken an den Bankier Jsenberg von der (hauptsächlich mit französischem Kapital arbeitenden) Saarbrücker Bank für Saar- und Rheinland über.

**Kentrich.** Der schienengleiche Bahnübergang zwischen Scheidt und Kentrich bringt dem Durchgangsverkehr große Hemmungen. Der Zugverkehr auf der Eisenbahnlinie Saarbrücken—St. Ingbert ist ein recht ausgedehnter, es kommt des öfteren am Tage vor, daß die Schranken bis zu 15 Minuten geschlossen sein müssen, wenn Züge aus beiden Richtungen in kurzen Abständen den Uebergang kreuzen. Mit etwas stärkerem Aufsteigen vom Bahnhof Scheidt aus und mit einer Wegeverlegung von etwa hundert Metern von Scheidt aus rechts der Bahn, ließe sich eine Ueberbrückung dieser verkehrsreichen Straße ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit könnte gleichzeitig die schon wiederholt von der Bürgererschaft geforderte Eisenbahnhaltestelle für den Ort Kentrich geschaffen werden. Die Bahnhöfe St. Ingbert bzw. Scheidt liegen so weit ab, daß es für die Kentricher nicht angenehm ist, die Bahn zu benutzen. — Die Bemühungen, die Straßenbahn nach hier zu bekommen, sind ebenfalls fehlschlagen und werden in absehbarer Zeit wohl auch kaum in Erfüllung gehen. Die Bürgererschaft lenkt deshalb erneut ihre Aufmerksamkeit auf den Bau der Haltestelle und fordert im Interesse der Gesamtheit die Eisenbahndirektion und die Regierungskommission auf, endlich die berechtigten Wünsche zu erfüllen.

## Personalnachrichten.

**Frau Helene Bauer geb. Lixenburger f.** Durch den am 9. September d. J. erfolgten Tod seiner Gattin, Frau Helene Bauer geb. Lixenburger, hat Herr Buchdruckereibesitzer und Chefredakteur der „Neunkircher Volkszeitung“, Otto H. Bauer, einen schweren, unersehblichen Verlust erlitten. Zahlreiche Freunde und Bekannte haben diese Trauernachricht mit tiefer und inniger Teilnahme vernommen. Wenn der Tod auch für die seit längerer Zeit an einem schweren Leiden erkrankte Frau eine Erlösung bedeutet hat, so weiß jeder, welcher die Bauerschen Familienverhältnisse kennt, welch unersehblichen Verlust besonders der Gatte erlitten hat. Wer in seiner Lebensbetätigung auf die Mitarbeit seiner Frau angewiesen ist, der weiß zu würdigen, was ein solcher Verlust der Gattin und treuen Mitarbeiterin bedeutet. Vorbildlich war das treue, unermüdete Wirken der Frau Helene Bauer, die nicht nur die treusorgende Gattin, sondern ihrem



Gatten auch ein lieber Freund und erfolgreicher Mitarbeiter im Geschäft selbst gewesen ist. Mit großer Umsicht, aber auch mit reichem Wissen und wertvollen Erfahrungen, nahm sie an der Erledigung der umfangreichen Geschäfte, die ein Verlag mit sich bringt, in ruhiger abwägender Art und Weise teil und auch allen politischen Fragen hat sie stets volles Verständnis entgegengebracht. Wer der Verstorbenen im Leben irgendwie nahegestanden hat, hat auch bei ihr stets aufrichtig bewundert die lebenswürdige Gastfreundschaft, die sie jedem in ihrem Hause entgegenbrachte, so daß sie von allen, die sie kennengelernt haben, sehr geschätzt und außerordentlich verehrt worden ist. An dem Schicksal ihrer Mitmenschen hat sie stets innigen Anteil genommen und wo Hilfe nötig war, ist ihre gebende Hand stets zu finden gewesen. Der Hausfrauenverein von Neunkirchen hat der Verstorbenen folgenden ehrenvollen Nachruf gewidmet:

„Am Montag nachmittag begleiteten die Mitglieder des Hausfrauenvereins ein liebes Vorstandsmitglied zur letzten Ruhe, eines, von dem man auch hätte sagen mögen: „Ach, sie haben eine edle Frau begraben und uns war sie mehr“. Frau Helene Bauer ist aus unserer Mitte geschieden. Das Wesen ihrer lieben Persönlichkeit war verstandene Güte, warme Menschlichkeit, sonnige Fröhlichkeit, Bescheidenheit und Gerechtigkeit. Zu Anfang des Bestehens unseres Vereines wirkte sie eifrig führend mit, wir entbehrten sie sehr, wenn sie einmal aus einem Anlaß nicht unter uns helfen und beraten konnte. Ihre echte Mütterlichkeit ließ sie nicht nur diejenigen fühlen, die ihr am nächsten standen, sie wußte, es gibt so viel arme Menschen, denen wir leuchten müssen, damit es ihnen warm, und uns selbst froh und glücklich wird. Sie war in ihrem stillen, klugen und bescheidenen Wirken wie ein warmer Sonnenstrahl, der seiner Umgebung Wohltut und Helligkeit um sich verbreitet. Es wäre nicht in ihrem Sinne, wenn wir ihr unvergessliches Wirken unter uns der breiten Öffentlichkeit schildern wollten, sie war uns ein Segen, und wirkte in Segen. So legen wir, in treuer Dankbarkeit einen unverwiltlichen Smaragdenkranz auf ihr frisches Grab.“

So ist mit Frau Bauer eine kerndeutsche Frau mit vorzüglichen Eigenschaften, mit warmer Seele und liebem Gemüt nach einem arbeitsreichen Leben dahingegangen, nicht zuletzt mag die sorgenschwere Zeit der Ausweisung ihres Gatten im Jahre 1920, als die Druckereibesitzer und Redakteure der im Saargebiet erscheinenden Zeitungen in Massen durch französische Brutalität aus der Saarheimat ausgewiesen wurden und die in jener schweren Zeit mit dieser Ausweisung verbundenen mannigfachen bitteren Gänge letzten Endes zu ihrem schweren Leiden den Grundstoß gelegt haben. Also hier haben wir wieder einmal nach Jahren ein Opfer der französischen Ausweisungspolitik im Saargebiet, die seinerzeit erfolgt ist unter den Augen und unter Billigung der auch heute immer noch unter französischem Einfluß stehenden Saar-Regierungskommission zu beklagen. All das, was sei auch am Grabe dieser Verstorbenen, die ruhen möge in Frieden nach arbeitsreichem Leben, was in dieser Beziehung dem treudeutschen Saardolk widerfahren ist, darf nie und nimmer vergessen werden.

Die Personalveränderung bei den Preussischen Bergbehörden in unserem „Saar-Freund“ regelmäßig zum Abdruck bringen zu lassen, da sie für einen großen Teil unseres Leserkreises von ganz besonderem Interesse sind, sind wir von verschiedenen Seiten gebeten worden. Wir werden in Zukunft diese Personalveränderungen der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen oder der Zeitschrift „Glückauf“ entnehmen, nachdem unsere an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe gerichtete Bitte, uns solche Personalveränderungen regelmäßig mitteilen zu wollen, mit der Begründung abschlägig beschieden worden ist, daß das Ministerium mit Rücksicht auf die dadurch bedingte nicht unwesentliche Mehrarbeit zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, einzelnen speziellen Zeitschriften diese Verhandlungen noch besonders mitzuteilen.

Sein 50jähriges Dienstjubiläum bei der Familie Stumm-Halberg konnte der 70jährige Rutscher und jetzige Hausdiener Heinrich Schütte begehen. Im Jahre 1877 trat der Jubilar in Neunkirchen in den Dienst des Freiherrn von Stumm. Im Jahre 1880 verlegte die Familie Stumm ihren Wohnsitz nach dem Halberger Schloß. Den alten Saarbrücker Bürgern ist der stattliche Rutscher, welcher mit großer Sicherheit seine Kasse leitete, noch wohl bekannt. Mit dem zunehmenden Alter legte der Jubilar sein Amt als Rutscher nieder und versteht noch heute die Botengänge für die Besitzer des Schlosses Halberg. Möge dem geachteten und beliebten, noch rüstigen Greis ein sonniger Lebensabend beschieden sein.

Sein 25jähriges Jubiläum als Direktor der Firma Gebrüder Adt konnte Generaldirektor Göhler in Ensheim am 1. Oktober feiern. Wie der Betriebschef des Ensheimer Werkes in einer Ansprache gelegentlich einer Feier hervorhob, setzte mit der Übernahme der Leitung der Firma durch Direktor Göhler vor 25 Jahren eine neue erfolgverheißende Ära für die Entwicklung der Adt-Werke ein. Schon nach einem Jahrzehnt seines

planvollen Schaffens mußte die Belegschaft auf 800 Mann verdoppelt werden. Die Umstellung des Unternehmens, das vorher vorwiegend zur papierverarbeitenden Industrie gehörte, zu einer führenden und achtungsgebietenden Firma der weiterverarbeitenden Eisenindustrie und der Elektrotechnik ist das Werk Göhlers. In schneller Aufeinanderfolge entstanden die Schalterfabrik, die Australitformerei, das imposante Gebäude des Blei- und Messing-Holierrohrwerks und das einen bedeutenden Gebäudekomplex umfassende Stahlrohrwerk. Mit zäher Energie wurden die schlimmen Nachwirkungen des unglücklichen Krieges überwunden, der für die Firma Gebrüder Adt, Aktiengesellschaft den Verlust mehrerer blühender Werke in Elßah-Lothringen zur Folge hatte. In dieser allerhöchsten Zeit bewährten sich die glänzenden Eigenschaften des Leiters der Firma und es gelang ihm, in nimmermüder Schaffensfreude und zielbewußtem Handeln die Geschicke des Werkes in neue Bahnen zu lenken und Wiederaufbau und Fortschritt trotz aller Schwierigkeiten und widrigen Verhältnisse zu erzwingen. Generaldirektor Göhler nahm großen Anteil an der Wiedererrichtung des Erzkwerkes Forbach in Wäldersbach, und das bedeutende Werk der Eisen- und elektrotechnischen Industrie Groß-Auheim zählt zu seinen Schöpfungen.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte Kreisbaumeister Herrmann in Mergig. Die Kreisbeamten veranstalteten aus diesem Anlaß zu Ehren des Jubilars eine interne Feier.

Das silberne Ehrenzeichen der deutschen Lebensrettungsgesellschaft wurde Fräulein Tilli Fischer in Brebach, Stummstraße 6, verliehen. Fräulein Fischer rettete unter Einsetzung des eigenen Lebens einen Herrn vom sicheren Tode des Ertrinkens. Das ist die erste Auszeichnung dieser Art, die der Vorsitzende der Gruppe Saargebiet, Kaufmann Blandin, Böllingen, überreichen konnte.

In den Ruhestand trat am 1. Oktober die Konrektorin Fräulein Ida Schäfer in Saarbrücken. Ueber 38 Jahre hat sie ausschließlich in Saarbrücken segensreich gewirkt. Eine stattliche Zahl junger Mädchen, die heute schon selbst Kinder zur Schule schicken, sind von ihr betreut worden. Von 1889—1894 war sie in Burbach, dann dauernd in Malsstatt tätig. Möge ihr ein langer und gesegneter Lebensabend beschieden sein.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Johann Junger und Frau Margarete geb. Paul, Peter Jeller und Katharina geb. Werner, beide Paare in Saarbrücken, die Eheleute Moser und Frau Katharina geb. Glud in Homburg. — Ihre silberne Hochzeit feierten die Eheleute Eisenbahnoberschaffner Johann Eberhardt und Anna geb. Dietrichs, Saarbrücken 3, Clemens Lorze und Katharina geb. Everh in Saarbrücken und Organist Franz Helm und Frau geb. Roth in Saarbrücken-Burbach.

★

Todesfälle: Saarbrücken: Frau Franziska Kimsger, geb. Jäder; Heinrich Hissung; August Blittersdorf, 49½ J.; Frau Sophie Krämer, geb. Schneider, 71 Jahre; Frau Wwe. Berta Schwarz, geb. Graeber, 77 Jahre; Eugen Glos, 54 Jahre; Frau Luise Senftleben, geb. Seebald, 52 Jahre; Dr. oec. publ. Josef Spies; Friedrich Beder, 86 Jahre; Post

## Das Land der Saar.

Melodie: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall.“

Es gibt nur eine deutsche Saar,  
Da kämpft ein Volk schon Jahr um Jahr.  
Den Kampf um Freiheit und um Recht,  
Nie wird es werden welscher Knecht.  
:: Kampf weiter, Saardolk, tren und wahr,  
Und halte fest am Land, am Land der Saar. ::

Wie schön bist du, du Land der Saar,  
Du Land, wo Arbeit Segen war.  
Der schlaue Franzmann dich begehrt,  
Du bist fürwahr des Kampfes wert.  
:: Wir lieben, was den Vätern war,  
Wir halten fest am Land, am Land der Saar. ::

Wir grüßen dich, du teures Land,  
Du Land, wo unsere Wiege stand.  
Voll Trauer ist der Brüder Herz,  
Wir fühlen mit dir deinen Schmerz.  
:: Doch eines ist uns allen klar,  
Wir halten fest am Land, am Land der Saar. ::

Es kommt ein Tag, so groß, so hehr,  
Da gibt es keine Grenze mehr.  
Die Heimat ist dann wieder frei,  
Vorbei ist alle Welscherei.  
:: Es kommt ein Tag, so wunderbar,  
Glückauf, Glückauf, du Land, du Land der Saar. ::



Inspektor Peter Wad, 54 Jahre; Friz Schaffert, 46 Jahre; Justizrat Hans Strauß, 64 Jahre. — **Bismisheim:** Philipp Lüd, 83 Jahre. — **Güdingen:** Frau Wwe. Maria Supper, 73 Jahre. — **Klarenthal:** Frau Karoline Koppert, geb. Hartmann, 45 Jahre. — **Wehrden:** Gustav Didel, 21 Jahre. — **Wöllingen:** Frau Helene Kunz, geb. Dörr, 73 Jahre; Simon Rajmowski, 78 Jahre; Innozent Hugo, 55 Jahre; Dr. Josef Spies. — **Herrensohr:** Frau Wwe. Sophie Margarethe Müller, geb. Büch, 70 Jahre. — **Fischbach:** Georg Lander, 76 Jahre. — **Heiligenwald:** Frau Wwe. Friedr. Uhl, geb. Elisabeth Schleppe, 71 Jahre. — **Bildhof:** Frau Maria Kommlinger, geb. Lill, 63 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Marie Hoos, geb. Jacob, 66 Jahre. — **Wemmetweiler:** Nikolaus Bauer, 70 Jahre; Christian Werner, 89 Jahre; Frau Wwe. Eduard Gerard, Elisabeth, geb. Oberringer, 72½ Jahre; Frau Berta Schirra, geb. Welter, 33 Jahre; Rudolf Müller, 28 Jahre. — **Wieselstirgen:** Frau Wwe. Jakob Zimmer, Elisabeth, geb. Wolf, 76 Jahre. — **Ottweiler:** Jakob Heß, 61 Jahre, Andreas Biehl, Frau Karl Sticher, Minna, geb. Glaser, 53 Jahre. — **Dillingen:** Hermann von der Heydt, 62 Jahre. — **Frauentaur:** Paul Junge, 66 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Wwe. Carl Hesse, Katharina, geb. Schamper, 70 Jahre; Albert Breuer, 23 Jahre. — **Lisdorf:** Peter Breininger, 73 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Philippine Kingle, geb. Feiert, 42 Jahre. — **Gersheim:** Edmund Schuwer.

## Aus dem Saarwirtschaftsleben.

**Die Saarwirtschaft verlangt Dauerlösung in der Saarlösfrage.**

Die Handelskammer Saarbrücken nahm in ihrer Vollversammlung einen Bericht über den Abschluß des deutsch-französischen Handelsabkommens entgegen und beschloß im Hinblick auf die im Oktober bevorstehenden Saarlösungsverhandlungen, durch eine sorgfältige Prüfung baldmöglichst Klarheit über die vom Standpunkt der besonderen Belange des Saargebietes erforderlichen Ergänzungen und Abänderungen zu schaffen. Zwar sind in dem Abkommen zahlreiche Einwurfsgegenstände des Saargebietes berücksichtigt, es bestehen aber Zweifel, ob die eingeräumten Zollsätze, die bekanntlich für eine große Zahl von Waren wesentliche Erhöhungen gegenüber den bisherigen Minimaltarifen bringen, für die saarländischen Interessenten nicht das Maß des Tragbaren überschreiten. Besonders unterstrichen wurde seitens der Kammer, daß sie nunmehr eine Dauerlösung der Saarlösfrage erwarte, die das Saargebiet endlich von den bisherigen unhaltbaren Zuständen der kurzfristigen Provisorien und dem den Warenaustausch bisher noch stark belastenden Risiko der Vertragslosigkeit befreit.

In der Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage gab der Vorsitzende, Herr von Boch, von einer Unterredung Kenntnis, die er mit dem Präsidenten der Regierungskommission über die akuten Probleme der Saarwirtschaft führte. Neben den Wünschen der Saarwirtschaft zur Saarlösfrage wurde dabei insbesondere das Kreditproblem, die Kohlenpreisfrage und die Regelung des Beitrages der französischen Saargruben zu dem öffentlichen Haushalt des Saargebietes eingehend besprochen. Die Kammer stellte erneut die unbedingte Notwendigkeit fest, für die kommende Krise, die nach Aufheben der jetzigen anormalen Verhältnisse auf dem französischen Geldmarkt mit Bestimmtheit erwartet wird, die Saarwirtschaft durch Freistellung von langfristigen wirtschaftlichen Realkrediten zu wappnen.

Zum Kohlenpreisproblem stellte die Kammer fest, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Saargebietes durch die heutige Preisgestaltung der Saarkohle, die 20 Prozent und mehr über dem der Ruhrkohle liegt, auf das äußerste bedroht ist. Von dem französischen Bergwerksverband wird die Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten der Saarwirtschaft gefordert. In der Frage des Luftverkehrs wurde mit Bedauern festgestellt, daß auch der diesjährige Sommer den regelmäßigen Luftverkehr noch nicht gebracht hat. Es wurde jedoch der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß zum mindesten die im Winterflugplan der Luftkansa wieder vorgezeichnete Linie Saarbrücken—Frankfurt rechtzeitig dem regelmäßigen Betriebe übergeben werden kann, nachdem nunmehr die diplomatischen Verhandlungen zwischen der Saarregierung und der Reichsregierung allem Anschein nach zu einem günstigen Ergebnis geführt haben.

**Zur Frage der Elektrizitätswirtschaft im Saargebiet,** die durch das Eindringen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in das Saargebiet als Sprunggebiet akut geworden ist, wurde in der Sitzung des Landesrats vom 12. Oktober folgende

gemeinsame Erklärung von den Parteien abgegeben, der sich nur die Kommunisten nicht angeschlossen hatten:

„Das Ziel jeder Wirtschaftspolitik im Saargebiet, also auch der Elektrizitätswirtschaft muß sein, der Saarkohle genügend Absatz zu schaffen und vor allem das alte Absatzgebiet wiederzugewinnen. Zerplitterungen auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft können sich auf die Dauer zum Nachteil des Saarkohlenabsatzes auswirken. Die Mehrheit des Landesrats ist in Anbetracht der großen Bedeutung dieser Frage der Ansicht, daß alle Beteiligten sich zusammenschließen sollen, um eine den Interessen des Saargebietes am besten dienende Lösung zu finden. Es wird bedauert, daß die maßgebenden Stellen nicht rechtzeitig diese wichtige Frage mit den Parteien besprochen haben, um eine möglichst einheitliche Lösung im Interesse der ganzen Bevölkerung des Saargebietes zu erzielen.“

## Soziales.

**Die sofortige Einführung des deutschen Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Saargebiet** wird von den saarländischen Gewerkschaften in einer Eingabe an die Regierungskommission gefordert. Die Dringlichkeit des Antrags wird damit begründet, daß infolge der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine größere Arbeitslosigkeit drohe, zumal durch die in Angriff genommenen Rationalisierungsmaßnahmen weitere Arbeitskräfte in größerem Umfang zur Entlassung kommen würden. Die siebenjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Sozialversicherung habe erwiesen, daß das kleine Saargebiet eigne Wege nicht gehen könne. Die Befürchtung, daß das Saargebiet eine derartige Belastung nicht tragen kann, werde dadurch ausgeräumt, daß man einen Lastenausgleich mit dem deutschen Reichsversicherungsamt empfiehlt. Die Gewerkschaften ersuchen, derartige Verhandlungen einzuleiten. In ähnlichem Sinne ist auch dem deutschen Reichsarbeitsminister eine Eingabe zugeleitet worden. Es wird dabei noch besonders betont, daß für die 20 000 Arbeiter aus den angrenzenden Reichsgebieten, die täglich oder wöchentlich ihre Arbeitsstellen an der Saar aufsuchen, weitere Erleichterungen und Uebergangsbestimmungen geschaffen werden müßten.

## Vom Saarbergbau.

Ein großes Kohlenlager der Grubenverwaltung Reden an der Berghalde im Klintethal bei Landsweiler ist Anfang Oktober in Brand geraten. Ungeheure Rauchwolken verpesten die ganze Umgebung. Bei starkem Wind hat besonders Landsweiler stark unter den schädlichen Rauchschwaden zu leiden. Die Brandstelle bietet bei Dunkelheit ein schaurig schönes Bild, die Berghalde gleicht einem feurigen Berge, aus dem die Flammen gen Himmel züngeln.

## Briefkasten.

Von W. in S. M. 5. — bestens dankend erhalten.

## Wirtst. Saarvereinigung Stuttgart.

Jeden 1. Montag im Monat

**S a a r s t a m m t i s c h**  
im Restaurant Schwalb, Charlottenplatz 3.

★

Zu diesem sind alle Saardeutschen, die an diesem Tag in Stuttgart weilen, freundlichst eingeladen.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erhalten. C. B. Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernsprech. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Berein C. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Berein“ versehen. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Berein C. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

Illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimathilder“ Bestellungen nur in Sonderfällen erfolgt. Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Berein C. B. — Anschluss: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontokonto Berlin SW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Berein C. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Berein“ versehen. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Berein C. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.